


Rundbrief Nr. 

Konten:

Postscheckkonto Berlin West Nr. 675-103  
Deutsche Bank Berlin  
Konto Nr. 8952814, BLZ 10070000  
September 1984

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Vorbemerkungen (ohne Seitenangaben)	
A <u>Berichte über Gedenkstätten und Initiativen</u>	
✓ 1. Osthofen - "Aber weitaus die Mehrzahl zeigte sich sehr vergnügt ..." (alte Folge)	1-5
✓ 2. Breitenau - "Mit der Erinnerung leben"	6/7
3. Wewelsburg (neue Folge)	1-3
4. Päd.-kult. Zentrum "Ehemalige Synagoge Freudenthal e.V." (alte Folge)	8
5. Edelweißpiraten	9
B <u>Zur Diskussion</u>	
✓ 1. Bericht über den Historikertag in Berlin und die Rolle der Wehrmacht im Widerstand gegen Hitler und bei der Judenfrage	10-16
C <u>Informationen, News</u>	
1. Osthofen	17
2. Breitenau	
3. Aktives Museum (neue Folge)	11
D <u>Veranstaltungen</u>	
1. Einladung zur Gedenkstättenfahrt nach Polen im März 1985. (im Anhang)	
E <u>Literatur- und Medienverzeichnis</u> (ohne Seitenangaben)	
- Ulm	- Neuengamme
- Kemna	- Wewelsburg
- Essen	
- Dachau	

## Beilagen

1. Neuerscheinung: M. Klüppel: "Euthanasie" und Lebensvernichtung am Beispiel der Landesheileranstalten Heina und Merxhausen
2. Themenheft: "Alltag im Nachkriegsdeutschland - Vom Zusammenbruch zum Wiederaufbau"; Ausschreibung des Schülerwettbewerbes um den Preis des Bundespräsidenten.

## Vorbemerkungen

Berichte über Gedenkstätten und Initiativen: Obwohl über die Aktivitäten zum ehemaligen KZ-Osthofen bereits im letzten Rundbrief ein längerer Artikel abgedruckt war, habe ich nochmal einen längeren Bericht, der kürzlich im Dokumentationsteil der Frankfurter Rundschau abgedruckt war, mit in diesem Rundbrief aufgenommen. In ihm wird neben einer kurzen Einordnung des KZ-Osthofen in das allgemeine System der KZ's ausführlich auf den Zusammenhang der Lagergeschichte mit der lokalen Geschichte, insbesondere auf die Bedeutung des Terrorsystemes, hingewiesen.

Der Beitrag zu Breitenau geht ebenfalls ausführlich auf die Kenntnis der Bevölkerung über die Geschehnisse im KZ ein.

Ich bitte, zu Breitenau und Osthofen auch die Hinweise im Abschnitt "Informationen, News" zu beachten.

Obwohl die Dokumentation und die Arbeit in der Wewelsburg wahrscheinlich schon vielen, vor allem den Teilnehmern der Gedenkstättenseminare, bekannt sein dürfte, ist hier für die neu zum Kreis der Gedenkstätten/-Initiativen hinzugekommenen eine ausführliche Beschreibung der Ausstellung und der Arbeitsmöglichkeiten abgedruckt.

Erstmals wird in einem Artikel über den Versuch berichtet, an einem historischen Ort, der "Alten Synagoge Freudenthal", in einem Tagungszentrum Themenbezogen zu arbeiten. Eine Gedenkstätte im üblichen Sinne ist dort nicht geplant.

Zur Diskussion: Im Vorfeld des nächsten Gedenkstättenseminars im November möchte ich auf einen speziellen Aspekt der Behandlung der Juden, hier die Rolle der Wehrmacht, hinweisen. Dies steht im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des 20. Juli 1944.

Otto Köhler berichtet über den Historikerkongreß in Westberlin und beleuchtet anschließend die Rolle der Wehrmacht, zwischen Widerstand und der Endlösung der Judenfrage.

Auf das Buch von Christian Streit - "Keine Kameraden" (siehe Literaturverzeichnis) - möchte ich besonders aufmerksam machen. In diesem, in einer Reihe des Institutes für Zeitgeschichte herausgegebenen Buch, setzt sich der Autor sehr detailliert gerade mit der Rolle der Wehrmacht in Osteuropa auseinander.

Nochmals möchte ich betonen, daß in diesem Abschnitt - "Zur Diskussion" - erscheinende Artikel Anstöße geben sollen, daher sollen auch durchaus provokative Positionen vertreten werden. Ich würde mich freuen, hier aus der Diskussion der Gedenkstättenarbeit weiteres Material zur Veröffentlichung zugeschickt zu bekommen - vielleicht auch zum hier angeführten Thema.

**Wichtig!** Veranstaltungen: Da ich bei meinen Besuchen bei Gedenkstätten/ bei Initiativen immer wieder festgestellt habe, daß Veranstaltungen, insbesondere Ausstellungen, oft von überregionalem Interesse sind, daß mir längerfristig geplante Veranstaltungen für das kommende Jahr bis Anfang Dezember mitgeteilt werden; damit ich sie in den nächsten Rundbrief mit aufnehmen kann.

Anmerkungen zum Anhang: Ich habe mich bemüht einen Grundstein für eine kleine Bibliographie der Literatur und Medien zu KZ-Gedenkstätten zu legen.

Sicherlich ist diese noch lückenhaft, auch erscheinen laufend neue Veröffentlichungen. Daher möchte ich anregen, daß mir Literaturhinweise über Neuerscheinungen, oder alte, die ich noch nicht aufgenommen habe, zugesandt werden.

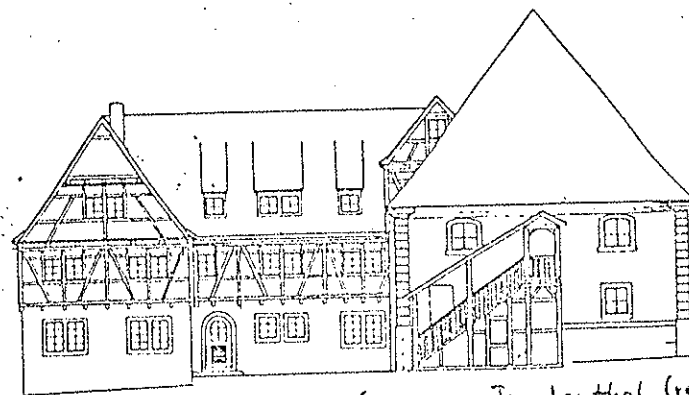
Der Schülerwettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten bearbeitet diesmal das Thema "Vom Zusammenbruch zum Wiederaufbau - Alltag im Nachkriegsdeutschland!"

Die beiden Themenstellungen zu "Displaced persons" und "Entnazifizierung" betreffen auch noch direkt die Arbeit von KZ-Gedenkstätten.

Darüber hinaus dürfte es Konsens sein, daß die Nachkriegsgeschichte gerade als (Nicht-)bewältigung des Faschismus gesehen werden muß, daß diese Problematik auch verstärkt in die Diskussion eingebracht werden muß.

Wie haben sich die Opfer des NS-Regimes verhalten (etwa ausgehend vom Schwur von Buchenwald), wie ist die Nachkriegsgesellschaft mit ihnen umgegangen (z.B.: Entschädigung)? Was geschah mit den KZ-Gebäuden und -Geländen?

Dies sind in diesem Zusammenhang spezielle, bedeutsame Fragen, die sicherlich auch auf eine allgemeinere Fragestellung ausgedehnt werden können.



(Gebäudezeichnung) Alte Synagoge Freudenthal (rechts)  
mit Zugangsbühnen (rechts)

# „Aber weit aus die Meinzeit“ zeigte

Anton Maria Keim: Osthofen — das erste nationalsozialistische Konzentrationslager in Hessen /

## sich sehr vergnügt ...“

„Wer weiß, ob wir uns wiedersehen?“

Frankfurter Rundschau

Donnerstag, 6. September 1934, Nr. 2

„Auf einem rheinhessischen Dorfplatz kreischen am Vormittag eines strahlenden Frühlingstages Autobremser, Mannschaftswagen der Polizei mit offenem Verdeck haben, Polizisten schwärmen rasch aus. Aus den Höfen eines Arbeiterviertels führen sie Männer heraus, denen Handscheiteln angelegt sind. Kinder hoch auf den Treppen vor den Häusern. Die Autokolonne hat sie aus ihrem Mühspiel aufgescheucht.“ So heißt es in einem Beitrag der Dokumentation „Die Macht-ergreifung der Nationalsozialisten 1933 in Mainz“. Und weiter: „Am Straßenrand apathische Menschen, darunter verbitterte Gesichter. Man munkelt — und das Gerücht verdichtet sich — die Männer, die da abgeholt würden, seien Kommunisten, und sie kämen nach — Osthofen. Die neuen Wörter, die fallen, seit Wochen fallen, heißen: Schutzhaft, Schutzhaftlager —, Konzentrationslager.“

Der Autor dieses Textes ist Anton M. Keim, Bürgermeister und Kultur- und Schuldezernent in Mainz. Sein Beitrag über das Konzentrationslager Osthofen, den wir in folgendem vorläufigen, wird in Kürze in einer wissenschaftlichen Zeitschrift, den „Alzeyer Geschichtsblättern“, erscheinen.

fanden nicht nur im rechtsradikalen Lager Abneigung und Ablehnung. A im Zusammenhang mit der Erforschung und Darstellung des KZ Hinzert, dessen grausame Besonderheiten bere: Eugen Kogon 1946 hinwies, vor alle im Zusammenhang mit der Terrorar: rung“ der Luxemburger, vor einige Jahren das Interesse an jenen „kleine Konzentrationslagern“ wach wurde, selbst die fast von der zeitgeschich: lichen Forschung und den Wiederge: machungsjuristen vergessenen, od: überschenen KZ-Außenlager in Rhein (Ingelheimer Auel, Finthen, (M: platz) und Mainz-Weßhau (Garten weck) ins Licht der historischen B: trachtung gerieten, hatte gleiches G: denken an Osthofen immer noch sei: Schwierigkeiten.

Der Ortsname Osthofen war im Frühling und Sommer des Jahres 1933 eine Chiffre für die terroristische Praxis im Alltag des „Dritten Reiches“ in dem unmittelbar nach den Märztagen gleichgeschalteten Volksstaat Hessen. „Osthofen“ war mit einem Schlag verbunden mit der Atmosphäre der allgemeinen Rechtsunsicherheit, der Vorstellung der Abholung durch die Polizei und die SA in ihrer neuen Funktion als „Hilfspolizei“, was verbunden mit der jetzt neu im Sinne der Machthaber praktizierten Form der sogenannten Schutzhaft, aber auch mit der entwürdigenden und mit Häme realisierten oder — im Sprachgebrauch der „neuen Zeit“ „durchgeführten Umerziehung“ von „Marxisten, Kommunisten und Juden“ zu „ordentlichen Volksgenossen“. Was später unter dem Namen Dachau allgemein in ganz Deutschland verstanden wurde — Konzentrationslager, Menschenquälerei, staatlich sanktionierter und organisierter Sadismus — verband sich in den Jahren 1933 bis 1935 mit „Osthofen“ für die Bewohner der drei hessischen Provinzen Starkenburg, Oberhessen und Rheinhessen.

Wenn man die Büttreden dieser ersten Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft auf Möglichkeiten des Umgangs mit Wirklichkeit, aber auch das Spiel der Vox populi als ein Stück öffentlicher Meinung interpretiert, dann darf man solche Verse auch im Zusammenhang mit dem traurig-ernsten Thema zitieren. In der Generalversammlung des Mainzer Carnevalvereins am 18. November 1933 — abgedruckt in der „Narnhalla“ Nr. 1 vom 14. Januar 1934 — weist der nährische Protokoller und bekannte Fastnachtspoet Seppel Glückert mit hintergründiger Ironie auf den Verlust der Meinungsfreiheit, die allgemeine Rechtsunsicherheit angesichts des legalisierten Terrors, auf Gleichschaltung und das Konzentrationslager Osthofen hin.

Inzwischen hat allerdings der rheinland-pfälzische Kultusminister 6 Knoten der Bewältigungswirren durchgehaucht, indem er 1984 — ein halb Jahrhundert danach! — die an das K Osthofen erinnernden Gebäude unter Denkmalschutz stellte. Damit war auch eine gerechte Öffentlichkeit wieder hergestellt. Denn wenn 1979 Paul Grünwald in seinem ersten verdienstvollen Versuch, Materialien über das KZ Osthofen zu sammeln und zu würdigen, i Untertitel von der Geschichte „ein fast vergessenen Konzentrationslager“ spricht, so konnte er gleichzeitig auf e Schwierigkeit im Umgang mit dieser Erinnerung bei vielen Demokraten hinweisen, aber auch auf „Verständnislosigkeit bei den zuständigen Landesorganen“.

Auch der Begriff Konzentrationslager — im rheinhessischen Volkswitz noch als „Konzertlager“ verniedlicht — war unmittelbar im März 1933 in dieser Region fest eingebürgert, ja er wurde von den freilich immer rigider gleichgeschalteten Tageszeitungen unange-schränkt verwandt. Und selbst in jener noch einigermaßen über die wenigen Jahre bis zur Kriegsentfesselung mit Einschränkungen und Konzessionen, bewährten Hebe des Mainzer Carnevals geisterte durch die Kampagnen 1933/34 und 1934/35 der deutliche Hinweis, daß unter bestimmten Umständen der Nervenfreiheit die Einweisung nach Osthofen drohe. Erst seit der makabren Komödie der hessischen Naziführung vom 6. März 1935 (an diesem Aschermittwoch ließ der hessische Gauleiter Jakob Sprenger zu nächstlicher Stunde das gesamte Comité des Mainzer MCV aus den Betten holen, verhaften, im Centralhotel festsetzen als „Schutzhäftlinge“, um sie nach stundenlanger Wartezeit und Ungewißheit nach der „aufzuklären“, die hätten sich jetzt zu verantworten — ein düsterer Scherz mit dem Alltag der Diktatur) hat man im Mainzer Carneval in den Büttreden des „Dachau“ der SS die ersten den unfer-

Jetzt mach ich schun, nur zum Pläsier, Im neunten Jahr mein Vers'cher hier, Doch hat mei Herz vor Ängstlichkeit Noch nie gebobbt so wie heut.

Zu reden hier heut braucht man Mut, Weil, eh mer sich vergucke tut, Als Opfer seiner nähr'schen Kunst Kann einquartiert wer'n ganz umsonst.

Drum hab ich vorhin aach ganz nah Verabschied mich von meiner Fra, Und rief beim Auseinandergehn: Wer weiß, ob wir uns wiedersehn?

Wenn ich bis morje früh zu vier Im Bett mit lei br'wawe dir, Die Nachsitzung und, sei nit platt, Wenn in de Wormser Gegend statt.

Ihr lacht darüber, und dabei War mancher Mainzer hier so frei, Vor Norden noch zu fragen so: Na, Seppel, biste als noch do.

Wenn Osthofen im allgemeinen Bewußtsein und Verständnis der hessischen Bevölkerung für die einen drohende Machtgebärde, für die anderenurchteilende Terror-Chiffre war, muß es eigentlich überraschen, daß in dem bereits 1946, also gerade ein gutes Jahrzehnt nach der Auflösung des Lagers, erschienenen Klassiker der frühen Auseinandersetzung mit dem NS- und SS-Staat, in Eugen Kogons „SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager“, der Name Osthofen fehlt. Auch zahlreiche Versuche, das KZ Osthofen zu einer Gedächtnisstätte für die Opfer der nationalsozialistischen

Für die Zuordnung des Typs d Lager, zu dem Osthofen zählte, E Eugen Kogons Feststellung: „Die erste in Deutschland errichteten KL stellt noch nicht den Typ dar, der von der 6 ausgebildet worden ist. Sie waren, etwa fünfzig an der Zahl, 1933 hauptsächlich von der SA eröffnet worden. Die meiste von ihnen befanden sich in Berlin u. Umgebung, eine geringere Zahl in Mitteleuropa, vor allem in Sachsen und Thüringen, so Lichtenburg, Saarlautern, Hohenstein, Bad Sulza, Colditz und einige in anderen Gegenden Deutschlands, so das Lager Heuberg b Stuttgart, das im März 1933 unter Benützung des früheren Truppenübungslagers Heuberg angelegt wurde und schon damals bis zu dreieinhalbtausend politische Schutzhäftlinge aufnahm. Gleich zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft verschleppte die SS mit Vorliebe politische Gegner, in erster Linie Kommunisten oder Leute, die man als solche bezeichnete, in Kasernen, Kasematten, verlassene Fabrikgebäude, entleerte Magazine, alte Burgen und verlegte sich dort an allen Arten von Altern, die sie ihren Opfern zufühten.

Der Chef der damals neu eingerichteten Geheimen Staatspolizei, Diels, habe Göring davon überzeugt, daß diese „wilde Methode“ dem Ansehen des nationalsozialistischen Staates auf die Dauer schaden könne, außerdem seien „die normalen Gefängnisse zum Brechen überfüllt“. Man solle reguläre Lager errichten und statt Unterstellung unter Gestapo, Polizei, Justiz oder SA / SS für eine „geordnete Abwicklung“ sorgen.

Hilfer erklärte in seiner Rundfunkrede nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund am 14. Oktober 1933, die nationalsozialistische Revolution habe nicht, wie die Französischen und Russen, „Hekatomben von Menschen“ abgeschlachtet, es sei „kein einziges Schaufenster zertrümmert, kein Geschäft geplündert und kein Haus beschädigt worden. Die Fakten widerlegen dies. Wolfgang Sauer (Bracher-Schalz-Sauer: Die nationalsozialistische Machtergreifung, Band III, Die Mobilmachung der Gewalt, S. 245 ff.) nennt bei „vorsichtiger Schätzung zum Zeitpunkt von Hitlers Rede“ die Zahl von 500 bis 600 Toten im ganzen Reichsgebiet und fährt fort: „Dazu kam die völlig rechtlose Inhaftierung politischer Gegner in Konzentrationslagern. Nach amtlichen Angaben gab es Mitte September 1933 im Reichsgebiet 26 789 ‚Polizei-gefangene‘, eine Zahl, die angesichts der vielen ‚wildten Konzentrationslager‘ sicher zu niedrig ist.“ Mit 100 000 sieht er sie nicht als zu hoch gegriffen an. „Diese Zahlen sprechen für sich. Sie waren das Resultat einer erbarmungslosen Menschenjagd, die, nach ersten Anläufen im Februar, vom 6. März ab in breiter Front über Deutschland ging und das Vaterland Goethes und Schillers, Lessings und Kants als bald in eine Wildbahn für politische und unpolitische Gangster aller Art verwandelte.“

In vielen Fällen wurden „alte Rechnungsbücher“ oder unbequeme Mitwisser beseitigt. Sauer nennt hier unter anderen den früheren nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten des Darmstädter Landtags Wilhelm Schäfer, dem die hessische Parteiführung den Verrat der berüchtigten Boxheimer Dokumente vorwarf und der am 17. Juli 1933 im Frankfurter Stadtwald erschossen wurde. Die Boxheimer Dokumente und der Fall Schäfer stehen im engen Zusammenhang mit dem Gründer des Konzentrationslagers Osthofen, Dr. Werner Best.

Das Anschwellen des Stroms der politischen Gefangenen, die brutale Vielfalt der Prügel- und Folterstrafen der SA veranlaßten offensichtlich Reichsinnenminister Frick, am 8. März 1933 die Einrichtung von Konzentrationslagern anzukündigen. Die SA nahm dieses Stichwort begierig auf. Während der Rührschrei Hitlers mit dem Reichspräsidenten in der Potsdamer Garnisonskirche, dem „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933, wurde eines der bekanntesten und ersten dieser Lager in Oranienburg bei Berlin gegründet. In schneller Folge entstanden weitere Lager, insgesamt etwa fünfzig. Die meisten dieser Lager boten fürchterliche Verhältnisse, schon allein wegen der rein behelfsmäßigen Unterbringung, vor allem aber auch deshalb, weil die Wachmannschaften auch hier ihre Häftlinge psychischen und physischen Torturen aller Art unterzogen.

Reichsinnenminister Frick hatte für den „Anhalt“ dieser Lager bereits am 8. März das Stichwort gegeben. Er hatte seine Ankündigung damit begründet, daß man die Marxisten „wieder zu nützlichen Mitgliedern der Nation erziehen“ müsse. Die „perverse“ „Erziehungsidee“ wurde von der SA als „Leitmotiv“ für die Einrichtung dieser Lager

multierte diese perverse „Erziehungsidee“ am 15. Februar 1934: „Menschen einzinkernd und in abgeschlossener Verbitterung verkommen lassen, kann jedes Narrensystem. Der Mut zur unpopulären Maßnahme auf den ersten Blick, zur Rückziehung zum sittlichen Arbeitsmuß, hat in den Konzentrationslagern für die antinationalsozialistischen Staatsfeinde seine erste Bewährung auf dem Gebiete der übernommenen und uns zugefallenen pädagogischer Großaufgabe gezeigt. Nicht Schinder und Menschenquäler, wie es eine verlogene Greuelküge will, sondern deutsche soldatisch-harte „Männer“ der braunen Sturmabteilungen haben verführten

Volksgenossen gegen ihren Willen, zum eigenen Besten, zur politischen Einkehr und zum Arbeitsethos zurückverholfen.“

„Stilistisch und gedanklich ist diese Aussage haarsträubend; schlimm, aber sie definiert häßlich den „Erziehungsauftrag“ der SA-KZs. Solche „Pädagogik“, deren Wurzeln Sauer „in der Erziehungsidee des deutschen militärischen Denkens“ sieht — Rekrutendruck als Erziehung zu Ordnung und Sauberkeit —, bestimmte bereits den Alltagsplan der ersten Konzentrationslager. „Was beim Militär eine mehr oder minder unvermeidliche, aber deutlich negative Begleiterscheinung an sich sinnvollen Tuns war, wurde im KZ-System zum Selbstzweck, und die deutschen Konzentrationslager nahmen die Form von ebenso überdimensionalen wie sinnlosen Kasernen an.“ All das Vorangehende Gesagte über Einrichtung, Zweckbestimmung und „Erziehungskarakter“ der frühen KZs gilt auch für das Lager Osthofen.

Wann das KZ Osthofen offiziell eingerichtet worden ist, läßt sich nur ungefähr rekonstruieren. Eine Anordnung des Staatskommissars für das Polizeiwesen in Hessen — in diese Position kam sofort nach der „Gleichschaltung“ des Volksstaates Hessen nach den Reichstagswahlen des 5. März 1933 der durch die Boxheimer Dokumente in ganz Deutschland bekannte und für die Radikalität und Brutalität seiner dort schriftlich fixierten Vorstellungen vom „Dritten Reich“ berüchtigte Dr. Werner Best — ist datiert vom 1. Mai 1933: „Betreffend Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933; hier: Schaffung eines Konzentrationslagers in Osthofen.“ In dieser Anordnung wird an alle Kreisämter, staatlichen Polizeiamter und die Zentralpolizeistelle mitgeteilt:

1. Für das Land Hessen wird ein Konzentrationslager eingerichtet, in dem alle aus politischen Gründen in Polizeihaft genommenen Personen unterzubringen sind, deren Haft bereits länger als eine Woche dauert oder über eine Woche ausgedehnt werden soll.

Ein abweichender Haftvollzug (kürzere Haft im Konzentrationslager oder längere Haft an anderer Stelle) bedarf meiner Genehmigung.

2. Das hessische Konzentrationslager wird eingerichtet auf dem Gelände der Papierfabrik in Osthofen, Kreis Worms.

3. Die Verwaltung des hessischen Konzentrationslagers wird dem Polizeiamt Worms übertragen.

4. Zum ehrenamtlichen Leiter des hessischen Konzentrationslagers wird der SS-Sturmabführer Karl d'Angelo in Ostheim bestimmt. Er unterstützt der

Dienstaufsicht des Polizeiamts Worms. Der Lagerdienst wird durch Häftlingspolizeibeamte ausgeübt, die vom Polizeiamt Worms einberufen und mir namentlich zu melden sind.

5. Das Polizeiamt Worms hat eine Lagerordnung anzufertigen und mir zur Genehmigung vorzulegen.

6. Zur Verhängung der Haft sind ausschließlich zuständig: 1. in meinem Auftrage die Zentralpolizeistelle, 2. die Kreisämter und die Polizeiamter in der Stadt, Mainz, Gießen, Offenbach, Worms...

7. Die Überweisung eines Häftlings in das Konzentrationslager erfolgt durch Schreiben gemäß Muster 1 an die Verwaltung des Konzentrationslagers Osthofen. Das Schreiben wird in der Regel dem Beamten mitzugeben sein, der die Überführung des Häftlings in das Lager ausführt. Je eine Abschrift des Überweisungsschreibens ist dem Polizeiamt Worms zu übersenden und mir vorzulegen.

8. Das Polizeiamt Worms legt mir laufend Meldungen über die Belegung des Lagers nach dem Stand von Montag jeder Woche vor (Muster 2), erstmalig nach dem Stand von Montag, den 6. Mai 1933.

9. Hinsichtlich der Verpflegung der Häftlinge finden die Bestimmungen der Ausschreiben vom 30. September 1930... Anwendung...

Die Anordnung trägt die Unterschrift von Dr. Werner Best. Die Formularmuster, auf die die Anordnung Bezug nimmt, sind bei Grünwald (S. 23 ff.) faksimiliert.

Zum Zeitpunkt dieser Best-Anordnung — 1. Mai 1933 — war das KZ Osthofen schon geraume Zeit eingerichtet und voll belegt. Die nationalsozialistische „Mainzer Tageszeitung“ bringt bereits am 6. April 1933 — mit der Angabe „Osthofen, 3. April“ einen ausführlichen Bericht mit der Überschrift „Wider die Lügen von schlechter Behandlung und Mißhandlung; Konzentrationslager Osthofen“, der mit der Feststellung beginnt: „In der seit einigen Jahren stillgelegten Papierfabrik an der Mettenheimer Chaussee wurde ein Konzentrationslager hergerichtet, welches das erste in Hessen ist. Aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wurden vor einigen Tagen aus Worms und Umgebung ca. 70 Marxisten und Kommunisten unter starker Bedeckung durch Polizei und Hilfspolizei nach hier transportiert...“

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Johann Beckenbach berichtet in seinen politischen Erinnerungen „Wie es war, 1933—1945“, S. 5): „Am 8. März

1933 erfolgte... meine Verhaftung durch eine schwerbewaffnete SA-Truppe, die von Oberscharführer Spang angeführt wurde, aus meiner Werkstatt heraus. So wie ich stand, in Arbeitskleidung, wurde ich abgeführt und in einen eben erst von Schweinen freigemachten, noch nassen Schweinestall des SA-Lokals Ebling eingewiesen. Mein Wehrhaus, Scheune, Werkstatt und Garten waren zuvor von bewaffneten SA-Leuten unter Führung von Scharführer Phil. Berforth umstellt worden... Ferner wurden noch über 15 sozialdemokratische Arbeiter und Bürger in den Fußstall von Ebling eingesperrt... Am nächsten Morgen wurden wir von Gendarmerie-Oberwachmeister Krug, Gau-Odernebeln, ins Amtsgerichtsgefängnis Alzey überführt. Hier fanden sich im Laufe des Tages, es war der 9. März 1933, noch weitere von der SA verhaftete Bürger aus dem Kreisgebiet ein. Es waren acht Personen aus Alzey, darunter Emil Lang und Gg. Köhler, E. Scheuer und ich aus Framersheim, zwei aus Plonhain, Joh. Kern und Artur Wolf, aus Gau-Odernheim, Heinrich Brückner, aus Ebling Weick. Im ganzen Kreisgebiet wurden 44 Personen von der SA verhaftet...“

Morgen wurden wir -- ca. 20 Mann, auch Lang und Köhler von Alzey -- in das neu errichtete Lager nach Osthofen transportiert... Wir fanden die ersten Insassen und wurden in einem dunklen, schmutzigen Fabrikationsraum dieser stillgelegten alten Papierfabrik untergebracht, in dessen Mitte nur ein Haufen Stroh lag..."

Die Haftlisten des Amtsgerichts Alzey nennen acht Bürger aus Alzey, die am 8. März 1933, durchweg in den Abendstunden, zwischen 21.00 und 23.30 Uhr abgeholt und in Haft genommen wurden, ihr Entlassungsdatum ist der 9. März 1933 18 Uhr. Zwei von ihnen nennt Beckenbach: Emil Lang und Georg Köhler. Beide sind -- gleichfalls nach Beckenbachs Aufzeichnungen -- nach Osthofen gebracht worden. Beckenbach gehört nach den Alzeyer Haftlisten zu der zweiten Verhaftungswelle des 9. März 1933, insgesamt fünf Bürger aus der Umgebung von Alzey (Gau-Odernheim, Framersheim, Flonheim) sind es. Beckenbach verließ nach dieser Liste am 13. März 1933 den Alzeyer "Turm" und kam von hier in das KZ Osthofen. Am 13. März existierte das Lager also bereits. Unter den 84 laut Alzeyer Haftlisten in Schutz- oder Zivilhaft genommenen Bür-



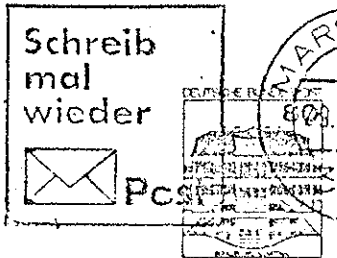
gern aus Alzey und Umgebung -- zwischen dem 8. März 1933 und dem 1. Juli 1934 -- taucht ab 20. April 1933 neben dem Vermerk Schutzhaft bei Inhaftierung der Vermerk Osthofen auf, zum Beispiel: „Schutzhaft -- 17. 3. 1933, nach Osthofen -- 20. 4. 1933, 14.45 Uhr“, zuletzt so bei dem Flonheimer Bürger A. B. am 18. April 1934.

Am Tage der „Anordnung des Staatskommissars für das Polizeiwesen in Hessen“, Fest, über die Schaffung des KZ Osthofen -- am 1. Mai 1933 -- wurde Beckenbach aus dem Lager Osthofen entlassen, zusammen mit weiteren 114, worüber am 6. Mai 1933 die lokale Presse ausführlich berichtet.

Die Alzeyer Haftlisten und die persönlichen Erlebnisse Johann Beckenbachs zeigen exemplarisch das Verfahren, das die Nazis wenige Wochen nach ihrer Machtübernahme, und wenige Tage nach der Gleichschaltung des Volksstaates Hessen praktizierten: Die politischen Häftlinge durchliefen zunächst die „wilden Lager“, die Erdgestätten der SA -- im Falle Beckenbach der Schweinestall der SA-Kneipe -- dann staatliche Polizei- oder Justizgefängnisse, die die Schutzhäftlinge in vorhandenen Räumlichkeiten aufnahmen und diese auch von eigenen Kräften bewachen ließen, -- in Alzey im Amtsgericht; in Mainz das Polizeipräsidium im Dalberger Hof -- nach einem oder mehreren Aufenthaltstagen erfolgte der Abtransport nach Osthofen.

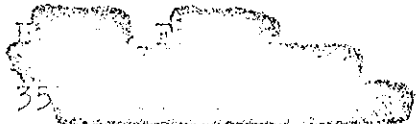
Das Lager Osthofen wurde in einer ehemaligen Papierfabrik an der Bahnlinie Mainz-Worms eingerichtet, die einem jüdischen Bürger namens Ludwig Ebert gehört haben soll. Dieser soll sie bereits vor 1933 verkauft haben und dann emigriert sein. Grünwald hat aber schon richtiggestellt, daß Ludwig Ebert laut Gestapo-Unterlagen in Darmstadt noch im Jahre 1937 in

Ein Brief an die Gedenkstätte Wewelsburg - ohne Kommentar.



4791

An  
Sommer Residenz  
Wewelsburg Burg



Mittwoch de, 29. Aug, 84

An  
Sommer Residenz  
Wewelsburg Burg

Betr. SS - Heinrich Himmler

Senden Sie mir bitte über o. g. bildliche Fotos.

*Figgen*

Worms, Kriemhildenstraße 20, als Siebzigjähriger wohnte und „1923 vorübergehend im Konzentrationslager Osthofen inhaftiert“ gewesen sei. Das weitere Schicksal Eberts ist unbekannt. Ungeklärt ist auch der Übergang der Papierfabrik in den Besitz des Staates. Erst die „Lagergemeinschaft Osthofen“, in der sich Überlebende um ein mahndendes Gedenken bemühen, machte 1972 wieder auf die Geschichte des Fabrikgebäudes aufmerksam, das später in eine Möbelfabrik, dann zum Teil in Wohnungen umgewandelt wurde.

In dem vom Internationalen Suchdienst Arolsen herausgegebenen „Verzeichnis der Haftstätten unter dem Reichsführer SS 1933 — 1945“ wird die Existenz des KZ Osthofen vom 15. April 1933 bis 3. August 1933 angegeben. Das Bundesgesetzblatt hat diese Zeitangaben übernommen. Persönliche Berichte wie der Beckenbachs, die Alzeys Haftlisten, die noch unter dem 18. April 1934 eine Überstellung nach Osthofen vermerken, aber auch zahlreiche lokale Presseberichte widerlegen diese Zeitangaben. Grünwalds Auffassung trifft eher zu, das Lager habe „von etwa Mitte März 1933 bis wenigstens April 1934 bestanden. Die endgültige Auflösung des Lagers dürfte sogar erst um die Jahreswende 1934/35 erfolgt sein“.

Das Lager Osthofen dürfte etwa 300 Häftlinge aufgenommen haben. Am 12. April 1933 nennt die Oppenheimer Zeitung „Landskrone“ 66 Personen, die zur Zeit dort in Schutzhaft seien, von ca. 70 spricht ein Bericht der „Mainzer Tageszeitung“ vom 6. April 1933, am 6. Mai sind es nach wortgleichen Berichten einiger Zeitungen „zur Zeit etwa zweihundert Mann, meist jugendliche Kommunisten“.

Am 1. Mai 1933 wurden nach diesem Bericht — von Werner Best wörtlich mitgeteilt — „115 Häftlinge in Freiheit gesetzt, um am Tage der nationalen Arbeit und Versöhnung zu zeigen, daß wir in ihnen nach wie vor Glieder der Volksgemeinschaft erblicken“.

Das KZ Osthofen war eine durchaus öffentliche Angelegenheit, auch wohl, um den Abschreckungseffekt in einer Landschaft zu unterstreichen, die bei den letzten Reichstagswahlen am 5. März 1933 immer noch linke und katholische Mehrheiten von imponierender Stärke gegen die NSDAP zustande gebracht hatte. Fast täglich berichteten die lokalen Zeitungen in Hessen, wer eingeliefert und wer entlassen worden sei. Dabei werden politisch prominente Namen genannt: Etwa Dr. Carlo Mierendorf und der Binger Zentrum-Redakteur Dr. Peter Paul Nahn. Am 26. Juni 1933 bringt die „Landskrone“ die Meldung: „Reichsstatthalter Sprenger besuchte Samstag das Konzentrationslager Osthofen, nachdem auf dem Schulhofe eine kurze Empfangsfeierlichkeit stattgefunden hatte. Dem Reichsstatthalter wurden von der Bevölkerung lebhafteste Ovationen dargebracht. — Kurz nach neun Uhr passierte der Reichsstatthalter mit einem Gefolge die Orte der Rheinfront. Mierendorf im Konzentrationslager. Der frühere Pressechef der ehemaligen hessischen Regierung, D/R/S

Karl Mierendorf, wurde nach hier in das Konzentrationslager eingeliefert.“

Beide Namen widerlegen übrigens auch die offiziell verbreitete Version von der Zusammensetzung der Häftlinge aus „jugendlichen Kommunisten“ oder „verwilderten Marxisten“.

Es gibt bisher keine umfassenden Häftlingslisten, es wurden auch keine Karteien der Namen und Daten der Häftlinge aufgefunden, die das KZ Osthofen erlebt und durchlitten haben. Gewiß ist nur — auch nach Aussagen von Überlebenden —, daß eine Reihe von Osthofen-Häftlingen, so zum Beispiel Mierendorf, in das Lager Esterwegen, andere nach Dachau überstellt wurden.

Noch gibt es Überlebende, die über den Lager-Alltag, die „Erziehungsmethoden“ der Lagerleitung, über „Dienstpläne“ und die Lebensbedingungen in Osthofen berichten können. Diese letzte Chance zu nutzen, wäre eine dringende Aufgabe der gerade für die Zeitgeschichte wichtigen Oral History.

Den lokalen Zeitungsmeldungen zufolge — „Mainzer Anzeiger“, „Landskrone“/Oppenheim, „Mainzer Journal“, „Mainzer Tageszeitung“ u. a. — kommen die Osthofen-Häftlinge aus fast allen demokratischen Parteien, überwiegend sind es Sozialdemokraten, Ge-

DOKUMENTATION

werkschafter, Kommunisten, auch Zentrumsmitglieder, besonders gegriffen werden Mitglieder und Sympathisanten der „bürgerlichen“ Parteien, wenn sie Angehörige des „Reichsbanners“, der demokratischen Republikschutzorganisation sind. Im Sommer 1933 scheint sich Werner Bests Geheime Staatspolizei gerade in Rheinhessen auf Mitglieder der katholischen Männervereine und des katholischen Jungmännerbundes spezialisiert zu haben.

In den Beiträgen zur Geschichte des Gau-Algesheimer Raumes (Heft 10, 1984: „Martyrer 33/45. Verfolgung und Widerstand der Kirche im Bistum Mainz.“ S. 35 ff) werden mit näheren biographischen Angaben sieben Gau-Algesheimer Katholiken genannt, die im Sommer 1933 in das KZ Osthofen eingeliefert wurden: Martin Hassemer, geboren 20. April 1912, Bahnbeamter, Vorsitzender des Jungzentrums und Leiter im katholischen Jungmännerverband. Versieckte sich zunächst wochenlang vor dem Zugriff der Nazis. Im Sommer 1933 verhaftet und drei Wochen ins KZ Osthofen verbracht. Wilhelm Hattmer, geboren 17. Juli 1919, Tünchermeister, Wehrführer der Feuerwehr, Zentrumsabgeordneter im Stadtrat, Mitglied des Katholischen Männervereins. Juni/Juli 1933 zur „nationalen Erziehung“ im KZ Osthofen. Mathias Kaiser, geboren 25. Februar 1881, Landwirt, Zentrumsmitglied im Stadtrat, Mitglied des Katholischen Männervereins. 1933 einen Monat lang im KZ Osthofen. Heinrich Kraus, geboren 8. Januar 1897, Weinhandler, Gründungsmitglied im Katholischen Männerverein. Mitglied der Zentrumsfraktion im Stadtrat. 1933 einen Monat im KZ Osthofen. Wilhelm Ockstadt, geboren 16. Januar 1864, Malermeister und Landwirt. Mitbegründer

des Katholischen Männervereins. Stadtrat, über einen Monat im KZ Osthofen. Heinrich Schweickert, geboren 2. August 1882, Weinhandler, dem Zentrum nahestehend. Mit der Beschuldigung als Separatist ins KZ Osthofen gebracht, nach einigen Wochen wieder entlassen. Franz Josef Völker, geboren 24. August 1881, Weinhandler, Mitbegründer des Katholischen Männervereins. Im Sommer 1933 nach Osthofen eingeliefert.

In fast allen Fällen war bei diesen Gau-Algesheimer KZ-Häftlingen persönliche Terrorisierung vorausgegangen zum Teil durch Schüsse der SA auf Wohnung und Haus.

Im gleichen Heft, das Zeitgeschichte an Gau-Algesheimer Schicksalen konkretisiert, berichtet Ludwig Faust, wie er mit zwei weiteren Mitgliedern der katholischen Sturmchar Gau-Algesheim, einer Teilgliederung der katholischen Jugend, den inhaftierten Martin Hassemer im KZ Osthofen besucht habe: „Wir, drei Mitglieder der Sturmchar Gau-Algesheim, fuhren mit unseren Rädern sonntags nach Osthofen, um Hassemer zu besuchen. Ein SS-Mann brüllte uns vor dem KZ an: Was wi hier suchten! Als wir nach Martin fragten, wurde er wütend und trat Wilhelm Bischel, unserem Bezirksvorsitzender in den Hintern. Ich wäre am liebsten abgehauen. Aber wir wurden jetzt in das Lager geführt und Martin wurde geholt. Wir mußten uns an einen langen Tisch setzen, hinter uns SS-Leute mit geschultertem Gewehr. Wir brachten vor Angst kaum ein Wort heraus. Es war damals, 1933, der Jüngste in der Sturmchar, noch keine vierzehn Jahr alt.“

Osthofen als KZ — als Drohung und Angst — war 1933 im gleichgeschalteten Volksstaat Hessen in aller Munde. Wer die immer rigider gleichgeschalteten Tageszeitungen Reportagen über das Lager brachten, dann geschah dies nach Presseeinladungen und mit fast über einstürmenden Texten. Den ersten ausführlichen Bericht bringt die schon vor 1933 den Nationalsozialisten engverbundene „Mainzer Tageszeitung“ am 6. Juni 1933. Der Bericht datiert vom 3. 4. 33 „Osthofen“, 3. April. In der seit einigen Jahren stillliegenden Papierfabrik an der Mettenheimer Chaussee wurde ein Konzentrationslager hergerichtet, welches das erste in Hessen ist. Aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wurde vor einigen Tagen aus Worms und Umgebung ca. 70 Marxisten und Kommunisten unter starker Bedeckung durch Polizei und Hilfspolizei nach hier transportiert. Einige kommunistische Führer unter ihnen Stadtvorordnete aus Worms, sowie der ehemalige Polizeirektor Moschmeier, wurden in Einzelhaft in das Amtsgerichtsgefängnis Osthofen verbracht. Am Samstag, ganz besonders am Sonntag nachmittag, setzte die reinen Völkerwanderungen nach dem Konzentrationslager ein. Die Mutter, Vater oder die Frau mit Kinder der Inhaftierten kamen aufgeregt und brachten von Worms Lügen mit, daß die Gefangenen hungern müßten, geschlagen, getreten und noch nicht einmal verbunden werden würden. Bis

mag sich denken, wie diese Verhetzung gewisser Elemente auf die Angehörigen einwirkte. Ja, man konnte vor dem Fabrikingang Verbandszeug finden, sowie auch sehen, daß derartiges Material mitgebracht wurde. Aber welche Enttäuschung mußten alle Besucher in der Besuchszeit, die täglich von 2 bis 5 Uhr stattfindet, erleben! Freudige Gesichter waren sofort zu sehen, als doch wieder alles anders war, wie man es in Worms erfahren hatte! Die Gefangenen haben ihre Ordnung und reichlich zu essen; viele erklären, daß sie zu Hause sich derartig noch nie sattessen konnten. Jetzt aber dümmert es bei den Musikankämpfern, die doch auch nur für Arbeit und Brot kämpfen, indem sie sehen, daß die bösen Nazi ja gar nicht so sind, daß es Deutsche sind, die in jeder Hinsicht Menschlichkeitsgefühl besitzen...

Neben solchen propagandistischen Tiraden vermeidet der Bericht den Besuch des Gauleiters von Kärnten aus dem damals noch selbständigen Österreich, von Corden, mit seinem Adjutanten. Für solche Besuche erwies sich Osthofen als Vorzeige-KZ deutscher Gründlichkeit und „Ordnung“. Vier Wochen später, am 6. Mai 1933, brachte das Katholik-Journal „Mainzer Journal“ einen großaufgemachten Bericht mit Fotos über Osthofen. Der Bericht trägt ausgesprochenen Beschwichtigungscharakter. Der „Erziehungscharakter“ des KZ wird betont, die „absolut korrekte Behandlung der Gefangenen“, die „mustergültige Ordnung trotz primitivster Mittel“, dazu der Hinweis: „Der hessische Staat sorgt nur für die Verpflegung.“ Eingeladen waren die Journalisten von der Hessischen Pressestelle. Der Bericht, der im gleichen Wortlaut auch in anderen Blättern erschienen (z. B. „Gießener Stadtanzeiger“ vom 6. 5. 1933, ebenso Oppenheimer „Landskron“ 6. 5. 1933), gibt einige Informationen, was Häftlingszahl und Lageralltag betrifft.

„Die Einladung der Staatspressestelle zu einer Besichtigung des Osthofener Lagers kam den Wünschen der Presse entgegen, war es ihr doch damit ermöglicht, der breiten Öffentlichkeit Näheres über das Lager und seine Insassen zu vermitteln. Schon waren 115 Häftlinge bereits am 1. Mai entlassen, das war die Hälfte der Insassen, die aus 4 Teilen Hessens, meistens jedoch aus der Wormser, Mainzer und Offenbacher Gegend stammten. Es geschah anlässlich einer kleinen, von Chören umrahmten Feier am 1. Mai, dem Tag der nationalen Arbeit, der ja auch ein Versöhnungstag sein sollte. Das Lager befindet sich in einer seit sechs Jahren stillgelegten, in Folge Steuerrückständen dem Staat pfandpflichtig gewordenen Papierfabrik, deren Räume völlig verwahrlost waren und erst von den Insassen selbst für seine jetzige Benutzung hergerichtet wurden. Der Staat kommt nur für die Verpflegung seiner unfreiwilligen Gäste mit 1,10 Reichsmark pro Kopf und Tag auf. Andererseits hat er dafür gesorgt, daß dem Schutzhäftling beziehungsweise seiner Familie Erwerbslosenunterstützung nach einem ganz geringen Abzug zuteil wurde.

Etwa 25 bis 30 Vertreter hatten sich

eingefunden zur Besichtigung des Lagers. Es untersteht der Obhut des Sturmabführers und Landtagsabgeordneten D'Angelo unter Oberaufsicht des Wormser Polizeidirektors Dr. Jost, die alle wünschenswerten Aufklärungen gaben, nachdem Staatskommissar Dr. Best nach Begrüßungsworten erläutert hatte, daß es sich bei den hier getroffenen Maßnahmen teils um Schutzhaft im eigentlichen Sinne (also zur zeitweiligen Sicherung der Person gegen Angriffe), teils auch um Erziehungsmaßnahmen an politisch Verhetzten handle. Bisher ist keiner der Insassen länger als drei Wochen festgehalten worden, und die Tatsache der bereits vorgenommenen und der weiterhin fast täglich möglichwerdenden Entlassungen beweisen, daß das ganz individuell gehandhabte, zur Ordnung erziehende, aber auf Gewalt-sanktionen verzichtende Einwirkungssystem in kürzester Zeit gute Früchte trägt. Hervorzuheben ist, daß die Pressevertreter sich völlig unbehindert und unbeaufsichtigt mit beliebigen Insassen unterhalten und sie über Arbeit, Verpflegung und sonstige Behandlung befragen konnten und daß keinerlei Klage laut wurde.

Im Speisesaal, wo die meisten jungen Häftlinge gerade bei der Mahlzeit waren, sah man wohl einige bedrückte Gesichter, aber weitaus die Mehrzahl zeigte sich sehr vergnügt, und es wird versichert, daß einige von den Entlassenen bereits wieder zurückgekehrt seien, um sich hier freiwillig zu betätigen, während andere nach ihrer Heimkehr Wäsche und sonstige Spenden sandten. Ein Radioapparat sorgt für Musik, Unterhaltung und Belehrung, vermisst werden nur Zeitungen, Unterhaltungslektüre und Spiele (Karten, Schach, Halma usw.). Um Spenden dieser Art wird von der Verwaltung ausdrücklich gebeten, da leider Mittel dafür nicht zur Verfügung stehen. Ein Filmapparat soll demnächst beschafft werden.

Wie der Polizeidirektor Jost am Schlusse der Besichtigung, an der auch der Landespolizeiführer Oberst Fendel-Sartorius und einige SA- und SS-Führer teilnahmen, mitteilte, spielt sich das Lagerleben wie folgt ab: 6 Uhr wecken und waschen, anschließend Revierreinigung — es sind zwei größere Gemeinschafts- und zahlreiche kleinere Räume eingerichtet —, 7 Uhr Kaffeetrinken und anschließend Appell und Einteilung der verschiedenen Arbeitskommandos, die dann bis 12 Uhr entweder im Lager selbst oder in der Umgebung ihre Arbeiten verrichten. 12 bis 1 Uhr Mittagspause, dann bis 6 Uhr Arbeitsdienst (es herrscht, wie uns mehrmals bestätigt wurde, keine Antreiberei), Abendessen, Unterhaltung und Appell und ab 21 Uhr Bettruhe. Die Häftlinge befinden sich nicht in Strafhaft, sondern in Schutzhaft. Den Gesundheitsdienst versehen im regelmäßigen Revierdienst ein Arzt und ein Zahnarzt. Geistlicher Zuspruch wurde in Einzelfällen bereits gewünscht, die Einrichtung eines allgemeinen Gottesdienstes war seither noch nicht möglich, wies aber ins Auge gefaßt.

Die Schutzbefohlenen des Lagers dürfen beliebig oft schreiben und Post empfangen, wenn auch selbstverständlich unter Briefzensur, Familienangehö-

rige können sie dienstags, freitags und sonntags von zwei bis fünf Uhr besuchen. Die Einrichtung verfolgt ja auch keine Straf- oder auch nur Korrektur-zwecke, sondern sie will den Gedanken der Volksgemeinschaft auch bei denen einbürgern, die sich seither nicht einzugliedern wußten. Als Aufsichtspersonal wurden Beamte ausgesucht, die den äußeren und inneren Konnex mit denen ihnen Anvertrauten zu finden wissen. Bei der Dauer der Festhaltung werden die sozialen und Arbeitsverhältnisse berücksichtigt. Manche läßt man auch frei in der Ortschaft ausgehen, eigenmächtige Entfernung oder gar Ausbrüche sind bisher nicht vorgekommen...

Dieser rosigen Schilderung stehen Erlebnisberichte von Häftlingen gegenüber, die den schikanösen Charakter des Lageralltags bestätigen. Ausbruchversuche und Ausbrüche kamen sehr wohl vor, am 5. Juli 1933 meldet die „Mainzer Tageszeitung“, der jüdische Rechtsanwalt Tschornicki sei am 4. Juli aus dem KZ Osthofen geflüchtet — „Daraufhin wurden seine Eltern und seine Braut im Laufe des gestrigen Tages in Haft genommen.“ Ein frühes Beispiel für die Sippenhaft! Was die Lagerseelsorge betrifft, die der vorstehende Bericht anspricht, so geht aus der Biographie des letzten Mainzer Rabbiners Dr. Sali Levi (Mainz, Vierteljahrshefte H. 4 / 1933 S. 111) hervor, daß er 1933 bei Gauleiter Sprenger erreicht habe, als Seelsorger für jüdische Häftlinge Zutritt in das Lager Osthofen zu erhalten.

Bei der Berichterstattung über das KZ Osthofen, aus der sich zusammen mit Häftlings- und Emigrantenerichten ein Gutteil Wahrheit rekonstruieren ließ, ist es kaum verwunderlich, daß die nach Paris emigrierte junge Autorin Anna Seghers hinreichend Stoff erhielt, um ihren Osthofen-Roman „Das siebte Kreuz“ zu konzipieren. Peter Frey (Frankfurter Rundschau 30. Oktober 1931) hat bei seinen Recherchen auch die Vermittlerin und Informantin, auf deren Aussagen sich Anna Seghers stützen konnte, entdeckt. Es ist die gleichaltrige politische Weggefährtin von Anna Seghers, Lore Wolf, die zum frühen antifaschistischen Widerstand gehört.

So hat das KZ Osthofen zwar seine literarische Verewigung gefunden, — in jenem Roman, von dem Carl Zuckmayer gesagt hat, er sei „das einzige epische Werk der gesamten deutschen Exilliteratur, in dem nicht nur mit gerechtem Zorn Partei genommen wird, sondern — aus der Ferne — ein menschlich glaubhaftes Bild des verfinsterten Deutschland gelungen ist“.

Über die Lagermannschaften von Osthofen aber ist nichts bekannt, auch nicht, ob irgendeiner von ihnen nach dem Ende des Dritten Reiches zur Rechenschaft gezogen wurde. Biographie und Werdegang, aber auch sein Spiel mit der Rechtsprechung in unserer Republik im Falle Best sind hinreichend bekannt. Der Osthofener Lagerkommandant D'Angelo ging als SS-Führer zur Lagerleitung Dachau. Er sei am Ende des Zweiten Weltkrieges in Rheinhessen oder bei der Überquerung des Rheins zu Tode gekommen.

# Breitenau-Ausstellung wirkt weiter:

## Mit der Erinnerung leben

### Über das „Herumwühlen“ in der KZ-Vergangenheit

Abgedruckt in: "Publik", Zeitschrift der Gesamthochschule Kassel, vom 11. Juli 1984.

Die von einer Projektgruppe der GhK erarbeitete Ausstellung „Erinnern an Breitenau 1933-1945“ hat ein großes Echo gefunden. Seit ihrer Eröffnung am 30. August 1982 ist sie an dreißig Orten, vorwiegend in Schulen, in Hessen gezeigt worden, u. a. in der Stadtbibliothek Wiesbaden, anlässlich des Diözesankatholikentages in Fulda und im Stadtarchiv Büdingen. Seit dem 8. Dezember 1982 ist sie als Dauerausstellung im ehemaligen Klosterkomplex Breitenau, in der heutigen Außenstelle des psychiatrischen Krankenhauses Merxhausen, ständig geöffnet. Dort ist sie auch künftighin, werktags zwischen 9 und 12 Uhr, zu besichtigen. Der Ausstellungs-katalog ist im Februar dieses Jahres in dritter Auflage erschienen. Das „Hessische Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung“ (Wiesbaden) hat eine Kopie der Ausstellung übernommen, so daß Schulen diese Ausstellung anfordern können. Nach den Som-

merferien wird dies im Regierungsbezirk Gießen möglich sein. Das publizistische (s. Pressedokumentation zur Ausstellung GhK-Pressespiegel Nr. 2/83) und wissenschaftliche (Nassauische Annalen [94] 1983; Intern. wiss. Korr.z. Gesch. d. d. Arbeiterbewegung 4/1983; Journal für Geschichte 2/1983) Echo insgesamt positiv. Insgesamt haben ungefähr 30 000 Besucher die Ausstellung gesehen. Neben den zahlreichen Schulklassen waren verschiedene Berufsgruppen vertreten, so z. B. Ärzte, Soldaten, Landfrauen, Pfarrer, Krankenpfleger, Gewerkschafter und Lehrer. Die Besucher kamen überwiegend aus hessischen Gemeinden, so u. a. aus Frankfurt, Gießen, Marburg, Bad Hersfeld, Sontra, Wolfhagen, Fritzlar, Hofgeismar, Grabenstein, Melsungen und Kassel. Im folgenden Beitrag gibt die Projektgruppe Breitenau einen Erfahrungsbericht und geht dabei auch auf kritische Reaktionen ein.

Die Akten von Breitenau, auf die wir Ende 1979 stießen, beinhalten persönliche Zeugnisse, die wir nicht nur unter dem Gesichtspunkt wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnes gesehen haben. Nicht dem Prinzip der Distanz, sondern dem Prinzip der Nähe zu den Opfern sind wir gefolgt. Unser Motiv war, ihr Schicksal vor dem Vergessen zu bewahren.

Die Dokumente selbst, darunter 3000 Individualakten, gaben Aufschluß über die Lebens- und Haftbedingungen von Schutzhaftgefangenen im Lager Breitenau. Sie enthalten u. a. „Personenbeschreibungen“, die Haftgründe, ärztliche Untersuchungen über „Transportfähigkeit“, die Anweisung der Gestapo, den Gefangenen in ein KZ im Osten zu deportieren; schließlich Briefe von Gefangenen, die nicht weitergeleitet wurden, und in denen die geheimen Wünsche und Bitten, Einsamkeit, Heimweh und Angst zum Ausdruck kommen. Das oft mühselige Ausgraben einzelner Dokumente in Archiven, Bibliotheken und Privatsammlungen ließ in einigen Fällen ein genaues Bild des Verfolgten und der ihn umgebenden Umwelt erkennen.

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen, der Regierungspräsident, die Staatsanwaltschaft in Kassel, der Landrat des Schwalm-Eder-Kreises, der Bürgermeister von Guxhagen haben, wie auch andere Ämter einzelner Gemeinden, unsere Forschungen unterstützt. Ohne diese Hilfe, vor allem diejenige einzelner verständiger Menschen in diesen Behörden, wären weder die Ausstellung noch die Forschungen möglich gewesen.

Wir sind bei der Ermittlung historischer Tatbestände nicht stehengeblieben. Wir ha-

Frau Z., die in der Kriegszeit in Breitenau gefangen war, hatte nach 1945 nicht nur mit leidvollen Erinnerungen an die Zeit in Breitenau bis in ihre Träume hinein zu kämpfen. Ihr größter Schmerz war, daß sie sich gegenüber der nachfolgenden Generation nicht mehr verständlich machen konnte. Bei einem politischen Gefangenen aus der Frühzeit Breitenaus hatten wir den Eindruck, daß wir die ersten waren, die nach Jahrzehnten zu der Zeit der Verfolgung fragten. „Ich spreche nicht viel darüber“, sagte H. W. aus Breuna, der – obgleich herzkrank – sich nicht davon abhalten ließ, uns wichtiges für unsere Arbeit aus seinem Leben zu erzählen. Unserem Anliegen, die Gefangenen des Konzentrationslagers Breitenau dem Vergessen zu entreißen, wollten wir durch eine Ausstellung entsprechen. Wir haben diesen Entschluß ohne Rücksicht auf monatelange Mehrarbeit und mit eigener finanzieller Beteiligung verwirklicht. In der Ausstellung haben wir die Dokumente sprechen lassen und auf Interpretationen, wenn möglich, verzichtet. Unser Ziel war es, den Besucher durch Auswahl und Einleitung der Dokumente in die Lage zu versetzen, sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Wir haben dabei vermieden, sogenannte Sensationen herauszustellen, dafür den Blick auf scheinbar „Alltägliches“ gelenkt, z. B. auf das Amtsdeutsch der Verwaltungen, das oft als Sprache der Unterdrückung und Ausgrenzung hart und kalt in den Akten steht.

### Kritische Reaktionen

Im Ort selbst gab es einige wenige Personen, die unsere Arbeit hilfreich unterstützten. Die Ausstellung selbst ist unserer Auffassung nach im Ort zum Teil positiv aufgenommen worden. Wir hörten, daß andere unserer Arbeit distanzieren, wenn nicht ablehnend gegenüberstehen sollten. Unmittelbar gesagt jedoch hat uns dies keiner aus dem Ort. Wir hatten den Eindruck, daß wir, was die Bereitschaft zum Gespräch betrifft, vor einer Mauer des Schweigens standen. Ein Filmteam des Hess. Rundfunks machte im Oktober 1982 die gleiche Erfahrung: „Im Ort bei dem Kloster wollte nur einer Auskunft geben über diese weit zurückliegende Zeit.“

Oft hörten wir, daß Breitenau „kein KZ, sondern Arbeitshaus war“. Hinter diesem Satz steckt das Bestreben, von der Tatsache, daß die Anstalt ab 1933 dem NS-Staat bei der Verfolgung von Gegnern gedient hat, abzulenken. In einigen Gesprächen mit Ausstellungsbesuchern wurde uns ohne nähere Begründung der Vorwurf der Geschichtsverfälschung gemacht. Eine Eintragung im Besucherbuch aus dem Februar 1983:

„Eine Ausstellung, die so eingefärbt vortragen wird, ist für mich keine Dokumentationsangelegenheit, sondern eine Art Auftrichter von Vermutungen und nicht zu beweisenden Behauptungen. Die Art und Weise der Geschichte zu verfälschen, ist sicher nicht verboten. Aber ich frage mich, wer Ihnen die Dokumentation genehmigt hat. Geht ein Guxhagener.“

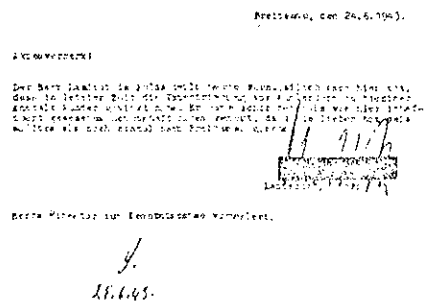
In anderen Gesprächen erfuhren wir, daß die wenigen Gestapo-Beamten aus Kassel allein die Verhältnisse im Lager während der Kriegszeit bestimmt hätten (wobei deren Leitung nicht bestritten worden soll).

### Haben die Zeitgenossen von Breitenau gewußt?

Auch außerhalb des Ortes waren wir immer wieder überrascht zu hören, daß die Zeitgenossen von der Existenz Breitenaus als KZ und Gestapo-Lager generell nicht hätten wissen können. Diese historisch unhaltbare Behauptung ist übrigens auch einer unqualifizierten Polemik W. Engelbachs (Zeitschrift des Vereins für Hess. Gesch. u. Landeskunde [89] 1982/83) erhalten. Gelegentlich wurden wir gefragt, warum wir nur die deutschen Verbrechen thematisierten und warum wir immer in die Vergangenheit „herumwühlten“.

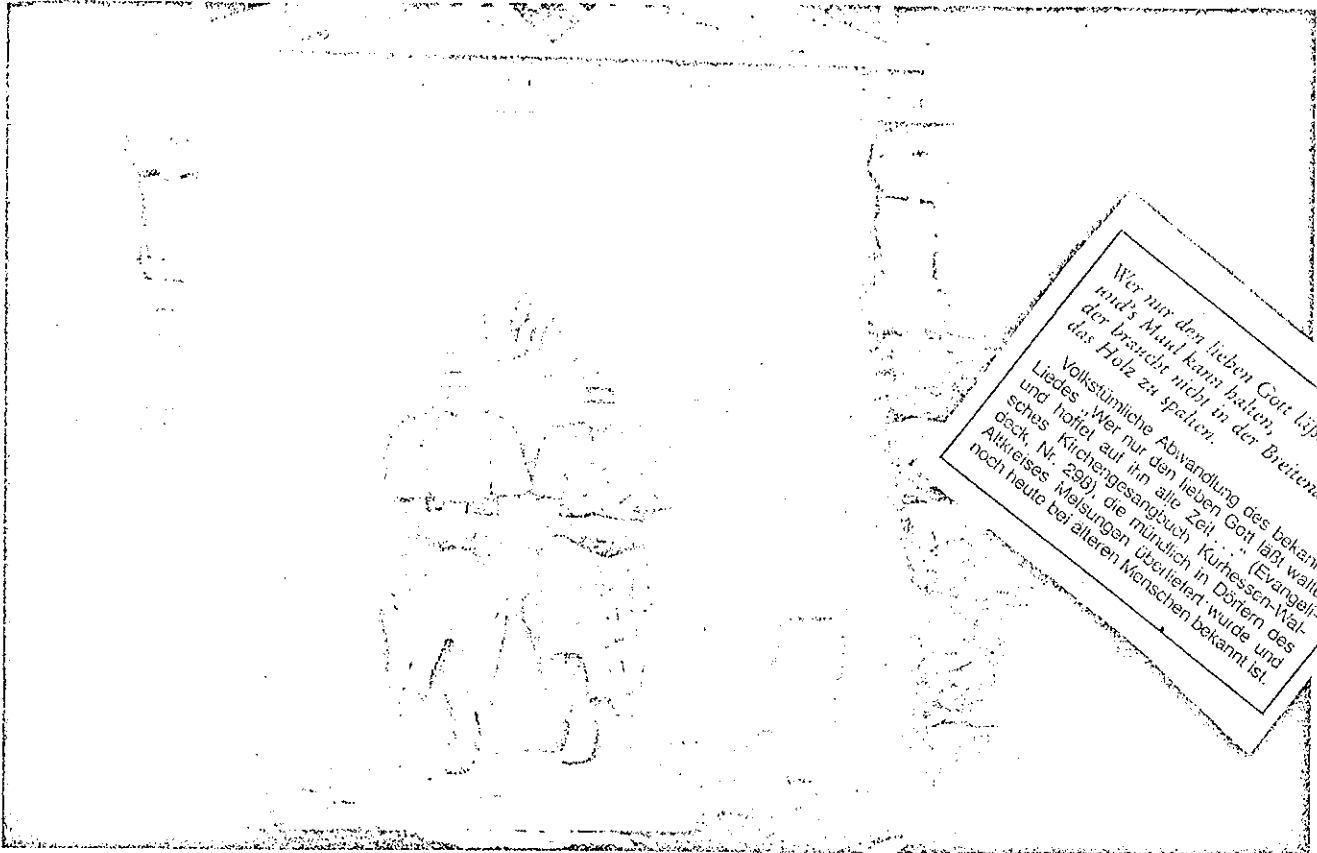
Welche Gründe kann es haben, daß dieser historische Abschnitt Breitenaus im Ort mit Schweigen bedacht wird? Ein ehemaliger Mitarbeiter der Anstalt wies darauf hin, daß es mit Ausnahme der NS-Zeit im Arbeitshaus stets korrekt zugegangen sei. Für viele Familien sei die Anstalt seit Generationen Arbeitgeber gewesen. Sie habe einen guten Ruf gehabt. Man sei stolz gewesen „mit ihr als Arbeitsstätte und kunsthistorisch bedeutsamen Bauwerk verbunden zu sein“. Erst die Gestapo habe Breitenau in Verfall gebracht. Nach 1945 sei er oft gefragt worden: Was, aus Breitenau kommt die Da war doch das mit den Nazis ...

Haben die Zeitgenossen von Breitenau gewußt? Für die Jahre 1933/34, als die Landesarbeitsanstalt das „Konzentrationslager für politische Schutzhaftlinge“ angegliedert wurde, ist die Frage leicht zu beantworten. Da den Nazis die frühen Konzentrationslager zugleich immer auch als Instrumente der Abschreckung und Einschüchterung der Bevölkerung dienten, legten sie es sich darauf an, daß diese Lager unverzüglich und breit öffentlich bekannt wurden. Die Nazis selbst haben das Wort „Konzentrationslager“ regelrecht publik gemacht und nicht die geringsten Schwierigkeiten in dem Umgang dieses Wortes in der Öffentlichkeit zu erkennen gegeben. Die KZ wurden als Orte der „Erziehung“ durch Agitation fehlgeleiteter Menschen dargestellt. Dies wurde jedoch im allgemeinen gerne so wenig geglaubt wie die Benennung, die die Einweisung in ein KZ (1933) schon einen Teil der Häftlinge vor ihrer Eingliederung zu schützen, die ihnen vor-



„WUNDER GEWIRKT...“ Aus: Breitenau-Akten. Ordner „Allgemeines 1938 - 11/1943“

ben uns in einem sehr weitgehenden Sinne auf die Lebensgeschichte der Breitenau-Gefangenen einzulassen versucht. Es war uns bewußt, wie schmerzhaft die Erinnerung für manchen von ihnen war. Um so mehr war es unser Ziel, daß die Verfolgten nicht „Ausgetragte“ blieben, sondern unser Gespräch dazu beitragen sollte, daß sie mit



Wer nur den lieben Gott läßt walten,  
wird's Maul kann halten,  
der braucht nicht in der Breitenau  
das Holz zu spalten.

Volkstümliche Abwandlung des bekannten Liedes: „Wer nur den lieben Gott läßt walten und tröftet auf ihn alle Zeit...“ (Evangeli- deck, Nr. 289), die mündlich in Dörfern und Altkreis-Melungen überliefert wurde und noch heute bei älteren Menschen bekannt ist.

DAS „EHRENMAL“ FÜR DIE SS am Fuldaberg, in unmittelbarer Nähe Breitenaus gelegen. Die KZ-Gefangenen hatten dieses „Bauwerk“ im Herbst 1933 errichten müssen. Man erkennt noch den im „Giebel“ eingemeißelten Spruch: „Erbaut im Jahre 1933 der nationalen Erhebung durch Insassen des

Konzentrationslager Breitenau.“ Dieses private Foto wurde Mitte der dreißiger Jahre gemacht; es verdeutlicht, wie abwegig die Behauptung ist, das KZ Breitenau sei geheimgehalten worden. Erst nach dem Kriege wurde die Inschrift unkenntlich gemacht. Bild: Privat

fort- →  
setzung  
Seite 2

Auf dem Kasseler Opernplatz errichteten die Nazis am 1. April 1933 ein „symbolisches Konzentrationslager“, einen Drahtverhau, in den sie einen Esel sperrten. Es überrascht nicht, daß in sämtlichen noch zugelassenen Kasseler Tageszeitungen – und freilich auch in der örtlichen Nazi-Presse – mehrmals z. T. große Berichte über das KZ Breitenau erschienen. Das abgebildete Foto des „Ehrenmals“ kann als weiterer Beleg dafür gelten, wie selbstverständlich die in Stein gehauenen Worte „Insassen“ des „Konzentrationslager Breitenau“ öffentlich aufgenommen wurden. Auch der im Volksmund überlieferte Spruch „Wer nur den lieben Gott läßt walten...“,

der den engen Zusammenhang von Zivilcourage und ihrer Bestrafung durch „die Breitenau“ dokumentiert, entsteht nicht und hält sich nicht, wenn nicht immer neue Erfahrungen dies bestätigen. Schließlich waren die meisten der 471 Gefangenen der Frühzeit Breitenaus „Politische“, darunter einige Repräsentanten kommunaler Politik (wie der Landrat von Fritzlar, der Bezirksgeschäftsführer der SPD, Stadtverordnete und Dorfbürgermeister, Gewerkschaftsführer u. a.), die im Kreis ihrer Genossen, wenn sie aus Breitenau zurückkehren konnten, keineswegs plötzlich zu schweigen begannen. Nicht nur in Arbeiterkreisen, wo es gefährlich war, sondern weit darüber hinaus in der Bevölkerung war die Existenz des frühen KZ Breitenau bekannt.

Auch für die Kriegszeit, in der Breitenau als „Arbeitserziehungslager“ unter Leitung der Gestapostelle Kassel fungierte, ist die Frage klar beantwortbar. In der Presse wurde nunmehr über Breitenau geschwiegen. Es gab jedoch andere Informationswege. Von den ca. 7000 ausländischen Gefangenen Breitenaus, die doch über ihre eigene Sprache verfügten, kam der weitaus größte Teil nach der Kamzeit wieder zurück an den alten oder einen ähnlichen Arbeitsplatz. Dort traf er Landsleute, die dürfte für ihn keine Schwierigkeit gewesen sein, zumindest in Andeutungen vor Breitenau zu warnen. Nachweislich kamen der Kriegszeit aus Breitenau Schutzhaftungene u. a. in folgende Großbetriebe der Region: Henschel & Sohn Kassel, Ficsef Werke Kassel, Jute Herfeld, Junkers Werke Altenbauna, Conti Werke Korbach, Wermann Kassel, Dianawerk Schaumburg Kassel, PREAG Borken. In solchen Großbetrieben verbreiten sich die Informationen schnell und breit.

RESSECHO: Einer der zahlreichen Berichte der zeitgenössischen Lokalpresse über Breitenau. Dieser Bericht stammt aus der „Kasseler Post“ vom 23. Juni 1933. Er ist damals in Stadt und Land vielgelesen. „Kasseler Post“ (Auflage im März 1933: 10.000) berichtete mehrmals über das frühe KZ Breitenau. Ebenfalls informierten viele Kasseler Zeitungen (z. B. die „Kasseler Neuesten Nachrichten“) und Zeitungen der nordhessischen Region über Breitenau (so u. a. das „Melsunger Tageblatt“).

## Eine Stunde unter Schloßhäftlingen

### Besuch im Konzentrationslager Breitenau

Unter dem deutlichen Blau des Himmels, der sich über dem Lager erstreckt, lag das KZ Breitenau. Die Häftlinge saßen in den Zellen, die durch Drahtgitter abgetrennt waren. Die Luft war stickig und die Stimmung düster. Die Häftlinge sahen müde und verzweifelt aus. Die Wachen gingen durch die Gänge und kontrollierten die Häftlinge. Die Häftlinge saßen in den Zellen, die durch Drahtgitter abgetrennt waren. Die Luft war stickig und die Stimmung düster. Die Häftlinge sahen müde und verzweifelt aus. Die Wachen gingen durch die Gänge und kontrollierten die Häftlinge.

Die Häftlinge saßen in den Zellen, die durch Drahtgitter abgetrennt waren. Die Luft war stickig und die Stimmung düster. Die Häftlinge sahen müde und verzweifelt aus. Die Wachen gingen durch die Gänge und kontrollierten die Häftlinge. Die Häftlinge saßen in den Zellen, die durch Drahtgitter abgetrennt waren. Die Luft war stickig und die Stimmung düster. Die Häftlinge sahen müde und verzweifelt aus. Die Wachen gingen durch die Gänge und kontrollierten die Häftlinge.

Auch der deutschen Bevölkerung in der Umgebung von Guxhagen blieben die verstärkt auftretenden Arbeitskolonnen von Ausländern, von Aufsehern der Anstalt bewacht, nicht verborgen – ob sie in der Landwirtschaft oder in Betrieben der Region arbeiteten. Die Zahl der im Melsunger Gebiet industriell beschäftigten Breitenau-Gefangenen war relativ hoch. Von Breitenau aus sind nicht wenige Polen von Gestapobeamten aus Kassel „abgeholt“ und wenige Stunden später in nahen Umkreis (z. B. bei Metz) erhängt worden. Dann wurden hunderte von Polen an den Toten vorbeigeführt. Dies alles konnte und sollte nach der Kalkül der Nazis auch nicht geheim bleiben. Breitenau sollte vielmehr für die Arbeiter vor allem für die aus dem Ausland, in der Region abschreckend wirken. Daß dies Rechnung der Nazis anscheinend aufging, belegt ein Anruf des Landrats von Friedberg (siehe Abbildung) im Juni 1940.

## GEDENKSTÄTTE WEWELSBURG

### 1. Zur Dokumentation "Wewelsburg 1933-1945, Kult- und Terrorstätte der SS"

Im März 1982 wurde im ehemaligen "Wachhaus" der SS, einem Gebäude am Vorplatz der Wewelsburg, die Dokumentation "Wewelsburg 1933-1945, Kult- und Terrorstätte der SS" eröffnet. Mit ihr wird versucht, den Auftrag des Kreistags des Kreises Paderborn, der Träger der Einrichtung ist, zu verwirklichen, über das Geschehen zu informieren, der Opfer zu gedenken und die Lebenden zu mahnen.

Das Geschehen stellt sich als eine Verbindung typischer Erscheinungen der Geschichte des Dritten Reichs und Wewelsburger Besonderheiten dar.

Nachdem Himmler 1929 die SS übernommen und ihr eine eigene Definition gegeben hatte, war diese Truppe rapide angewachsen. Himmlers Intention bestand darin, über die Einrichtung einer speziell für das Korps der Gruppenführer gedachten "Reichsführerschule", die Zweckwissenschaft, Schulung und "Weiheort" der zu entwickelnden Pseudoreligion verbinden sollte, die einheitliche Ausrichtung der noch heterogenen Führungsschicht innerhalb der SS herbeizuführen. Als Ort dieser Schule suchte er eine Burg im ostwestfälischen Raum, in seinen Augen dem "Kernland Germaniens", und fand zuletzt die Wewelsburg, deren Eigentümer, der Kreis Büren, aus eigenen Interessen schnell zu einer Vermietung bereit war. Eine "Burgmannschaft" der Allgemeinen SS zog ein, Umbau und Forschung begannen. Zugleich versuchte man, sich dem Dorf zu nähern, das unmittelbar vor der Burg liegt und dessen katholische Bevölkerung den fremden "Herren" durchaus reserviert gegenüberstand. Die wechselseitigen, völlig widersprüchlichen Beziehungen zwischen einheimischer Bevölkerung und SS, die in ihrer Bandbreite von Komplizenschaft bis zu Formen von Resistenz reichten, stellen einen wichtigen Inhalt der Dokumentation dar. Es zeigte sich schnell, daß die inhaltlichen Ansätze der "Schule" scheiterten, was jedoch zugleich zur Verlagerung aller Energie auf die formalen, bauplanerischen Ansätze führte. Es entwickelte sich die Idee einer gigantischen Zentrale, deren inhaltliche Bestimmung nur schwer zu fassen ist. Die erhaltenen Pläne gehen weit über Burg und Dorf hinaus, sie kümmerten sich weder um die dort lebende Bevölkerung noch um die aktuelle Kriegslage; die Grenzen allerdings zeigten sich bei der materiellen Verwirklichung - vom ganzen Plan wurden zuletzt zwei "Kulträume" im zentralen Turm der Anlage fertig. Zwei Tage vor der Befreiung Wewelsburgs durch die Amerikaner wurden die Gebäude von einem eigens angereisten SS-Sonderkommando gesprengt, sodaß nach 12 Jahren der SS in Wewelsburg von der Burg nur eine Ruine blieb.

Zur Verwirklichung der Baupläne wurden seit 1939, nachdem die Kriegsvorbereitungen alle "freien" Arbeitskräfte gebunden hatten, Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen herangezogen. Ab 1941 wurde das Lager, nach einer Flurbezeichnung "KZ Niederhagen" genannt, aus finanziellen Gründen selbständig, während es 1943 angesichts der veränderten Kriegslage aufgelöst wurde. Die Häftlinge brachte man größtenteils nach Buchenwald, während ein Restkommando, das dem KZ Buchenwald unterstellt war, bis zum Kriegsende blieb. In das Wewelsburger Lager wurden nach und nach insgesamt etwa 3.500 Häftlinge gebracht, von denen mindestens 1.285 starben, deren standesamtliche Sterbeurkunden erhalten sind - eine Zahl, die den Begriff des "Arbeitslagers" entlarvt. Die Hauptgruppen der Häftlinge waren Deutsche, darunter viele Zeugen Jehovas, sodann sowjetische Kriegsgefangene als die größte Gruppe und Polen, die offensichtlich der SS in Wewelsburg ausgeliefert wurden, um hier "durch Arbeit vernichtet" zu werden.

Nach 1945 gab es schwache und zaghafte Versuche, eine Erinnerung an diese Opfer zu bewahren. Sie verblaßten im Zuge der allgemeinen "Normalisierung". Erst als auch die letzte Erinnerung an das Geschehen, eine Mahntafel in der Burg, entfernt wurde, gab es eine Reaktion in der Öffentlichkeit, die letzten Endes die politischen Organe des Kreises zum Handeln zwang und zur Einrichtung der Dokumentation führte.

Die Dokumentation versucht, das Geschehen vor allem durch Schrift- und Bildquellen darzustellen, die teils im Original, teils als Fotokopie präsentiert werden. Die Dokumente sind über 6 Räume verteilt, wobei die ersten drei Räume einen chronologischen Abriß bieten, während der 4. Raum ganz dem KZ Niederhagen, der Terrorstätte, gewidmet ist. In einem 5. Raum werden Probleme der Verarbeitung in der Nachkriegszeit aufgegriffen, während der 6. Raum mit deduktivem Ansatz Informationen über die SS, ihren Aufbau und die Stellung der Wewelsburg darin liefert.

Zu den Dokumenten kommen in den Ausstellungsräumen einige wenige dreidimensionale Objekte; im Mittelpunkt des Raumes 4 steht das Modell des Schutzhaftlagers Niederhagen im Maßstab 1: 200.

In der Burg sind zwei "Kulträume" erhalten, deren Besichtigung fester Bestandteil des Besuchs sein sollte.

Einzelne Häuser als Ergebnis der Bautätigkeit der SS im Dorf sowie die stark veränderten baulichen Relikte des Lagers werden in der Dokumentation genannt, stehen aber in keinem direkten Zusammenhang zur Gedenkstätte.

## 2. Die Besonderheit Wewelsburgs

Die wesentliche Besonderheit in Wewelsburg liegt in der engen Verbindung ideologischer Elemente, die sonst nur schwer zu fassen sind, sich hier aber materialisieren, und dem KZ. Das heißt, die Verbindung von Kult und Terror stellt sich konkret als eine zwischen der Burg Wewelsburg und dem Lager Niederhagen dar, während zwischen beiden, räumlich und historisch, die Bevölkerung des Dorfes lebte.

Aus der Sicht des Dorfes kreuzten sich hier die Linien der sonst abstrakten "großen" Geschichte und die vielen Einzellinien nahezu privater "Geschichten"; die engen räumlichen und persönlichen Beziehungen der SS, die zugleich in die Teile der "Herren", der Allgemeinen SS, und der "Kerle", der Totenkopfverbände, zerfiel, zur Bevölkerung geben die Möglichkeiten, viele Details aus der Gesellschaft des Dritten Reiches konkret zu erfahren und darzustellen. Dazu kommt, daß bestimmte, in der Nachkriegszeit von der Bevölkerung häufig aufgebaute Verteidigungslinien, vor allem die der "kollektiven Entschuldigung" als Reaktion auf den "kollektivschuldvorwurf", hier nicht so stark den Blick für die tatsächlich große Zahl unterschiedlicher Verhaltensmöglichkeiten verdecken können.

Für den Historiker ergibt sich eine weitere Besonderheit daraus, daß er an dem Punkt steht, an dem erlebte, sehr stark in private Details zerfallende Geschichte umschlägt und im Rahmen der großen Geschichte verlorengelassen wird, wenn die Zeitzeugen entweder weniger werden oder ihre eigene Darstellung schon von der Erfahrung durch die Ausstellung im Museum überlagert und verfremdet wird.

Wobei die Gruppe der "Zeitzeugen" hier eine wesentlich andere als bei anderen Gedenkstätten sein dürfte. Da das Lager Niederhagen sehr klein war, gibt es nur noch wenige ehemalige Häftlinge in dieser Gruppe, während die Zeitzeugen aus der Wewelsburger Bevölkerung zahlreich und gesprächsbereit sind, damit zugleich jedoch das Bild erheblich dominieren.

Für das Museum ergibt sich hieraus die Aufgabe, so viele Aussagen wie möglich zu sammeln, wie auch, den Prozeß der Verfremdung der Aussagen zu erkennen und zu problematisieren.

## 3. Personelle und materielle Möglichkeiten

Die Gedenkstätte ist eine Abteilung des Kreismuseums, d.h. ihre Betreuung erfolgt neben musealen Aktivitäten wie Betreuung des Heimatmuseums in der Burg, Planung und Durchführung von Sonderausstellungen, neuen Abteilungen u.a.

Da diese Verbindung bestimmte inhaltliche Schwerpunkte vorgibt, sind die Möglichkeiten des Leiters zur Betreuung der Dokumentation von vornherein begrenzt. Die Stelle eines Pädagogen, der sich ganz der Dokumentation widmen kann, wird

z. Zt. aus Mitteln des Arbeitsamtes bezahlt und ist zeitlich befristet. Mittel für studentische Hilfskräfte für einzelne Führungen werden jeweils halbjährlich bewilligt.

Für Anschaffungen speziell für die Dokumentation stehen pro Jahr 2.000,-- DM zur Verfügung. Möglichkeiten, aus anderen Haushaltsstellen des Museums Veranstaltungen o.ä. mitzufinanzieren, bestehen; sind aber wegen des bescheidenen Gesamtetats des Museums insgesamt sehr begrenzt.

In der Dokumentation stehen 1 Klassen- und 2 Gruppenräume für Gruppen zur Verfügung.

Im Raum 6 der Dokumentation befindet sich eine Videoanlage, mit der regelmäßig Filme zu Themenkreisen der Dokumentation gezeigt werden.

Für Interessenten stehen ein Archiv und eine Auswahlbibliothek zur Verfügung. Dia-Reihen zur Dokumentation können ausgeliehen werden.

Besuchern werden eine ausführliche Broschüre und ein umfassender Katalog sowie Faltblätter und Arbeitsmaterialien für unterschiedliche Zielgruppen (z.B. ausländische Besucher) angeboten. Das Informationsmaterial wird ständig ergänzt.

#### 4. Motivation und Ziele der pädagogischen Arbeit

Die pädagogische Arbeit in der Dokumentation geht von einer doppelten Verpflichtung aus: den Opfern gegenüber wie auch den heutigen Besuchern gegenüber. Diese Verpflichtung wird so verstanden, daß zuerst sachlich über das historische Geschehen informiert wird, um erst über diese Information eigene Denk- und Verhaltensweisen der Besucher zu problematisieren. Dabei liegt, durchaus im Widerspruch zur Besucherstruktur überhaupt, der Schwerpunkt bisher auf der Betreuung Jugendlicher, vor allem von Schulklassen. Zielvorstellung ist dabei, bei den Besuchern die Bereitschaft zu entwickeln, nach der Auseinandersetzung mit dem Geschehenen eine eigene Verantwortlichkeit zu entwickeln, eine Verantwortlichkeit, die den heutigen Umgang mit der Geschichte, aber auch u.U. weiterbestehende gesellschaftliche Strukturen betrifft, die den Terror des "Dritten Reiches" zumindest zuließen.

#### 5. Inhalte und Formen der Besucherbetreuung

Es wird bewußt versucht, die Inhalte der Dokumentation in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen, während die eigene Identität der Besucher zurücksteht. Damit soll der Gefahr entgangen werden, daß Geschichte nur als Folie für die Auseinandersetzung über aktuelle Probleme verwendet wird und damit zugleich falsche Gleichsetzungen gefördert werden. Über die Problematisierung der Geschichte werden Denkansätze geliefert, die den Betroffenen Möglichkeiten geben, ihre eigene Gegenwart selbst zu hinterfragen.

Die notwendige konkrete Auseinandersetzung ist entweder durch Führungen (Museumsleiter, Pädagoge, Hilfskräfte, Pförtner) oder durch vorbereitete schriftliche Materialien zu erreichen, die das Museum zur Verfügung stellt.

Eine dritte, durch die Arbeitsräume nahegelegte und durch Übernachtungsmöglichkeiten in der Jugendherberge in der Burg zu erweiternde Möglichkeit ist ein längerer Studienaufenthalt, zu dessen Betreuung die Museumsmitarbeiter bereit sind.

Anschrift: Kreismuseum Wewelsburg  
Burgwall 19  
4793 Büren-Wewelsburg  
Tel.: 02955/6108

Öffnungszeiten: montags geschlossen  
dienstags-freitags 10-12 Uhr  
und 13-17 Uhr  
sonnabends 13-18 Uhr  
sonntags u. feiert. 10-12 Uhr  
und 13-18 Uhr

8

Freudental, Kreis Ludwigsburg.  
 "Es war ein langer Weg, doch die Mühen scheinen sich gelohnt zu haben", stellt der erste Vorsitzende des Förder- und Trägervereins ehemalige Synagoge Freudental, Heinz M. Bléicher, fest, nachdem die ersten Anstrengungen eines der ältesten, jüdischen Gotteshäuser Württembergs vor dem Abbruch zu retten, nunmehr schon fünf Jahre zurückliegen.

Mittlerweile ist ein Ende der aufwendigen Neubau- und Renovierungsarbeiten an dem Gebäudeensemble - es umfaßt die ehemalige Synagoge sowie ein neu erstelltes Nebengebäude- abzusehen. Noch Ende dieses Jahres sollen die Arbeiten, die immerhin rund 2,6 Millionen Mark verschlangen, soweit abgeschlossen sein, daß die Gebäude bezugsfertig sind. Mit dem 17. Januar 1985 steht auch schon der Termin der offiziellen Einweihung fest.

Lange Zeit war völlig offen, welcher Nutzung die Gebäude zugeführt werden könnten. Mit der Gründung eines weiteren Vereins im Jahre 1982, dem "Pädagogisch-Kulturellen Centrum ehemalige Synagoge Freudental" war auch diese Frage auch vom Tisch. Ulrich Müller, der erste Vorsitzende des "Pädagogisch-Kulturellen Centrum" (PKC), hofft, daß in der kleinen Stromberggemeinde Freudental eine bet -ha-knesseth, ein Haus der Begegnung, entsteht.

"Wir sind der Meinung", so der PKC-Vorsitzende weiter, daß die Christen zu den grauenvollen Vorgängen während der nationalsozialistischen Zeit nicht schweigen sollten! Ziel des Vereins sei es daher, das Gespräch zwischen den verschiedenen Generationen zu suchen und den Dialog zwischen Christen und Juden zu fördern. "Gemeinsam", sagt Ulrich Müller, "wollen wir aus der Vergangenheit lernen und die Zukunft miteinander gestalten".

Die konkrete Arbeit des PKC wird ab Januar 1985 Schulungen, Seminare, Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen für die Jugendarbeit, Erwachsenenbildung und die Schüler umfassen. Ausstellungen, Vorträge und Konzerte werden das Programm ergänzen. Über die eigene Arbeit hinaus wird das Centrum aber auch anderen Gruppen, etwa aus dem Bereich der Kirchen oder pädagogischer Einrichtungen, zur Verfügung stehen. In Studienreisen und dem deutsch-israelischen Jugendaustausch sieht der PKC weitere Möglichkeiten einer zukunftsweisenden Vergangenheitsbewältigung.

Das Raumangebot des Gebäudeensemble umfaßt unter anderem Übernachtungsmöglichkeiten für 24 Personen sowie zwei Seminarräume für jeweils 16 Personen und einen Saal für rund 100 Personen. Die Adresse: Pädagogisch-Kulturelles Centrum Strombergstraße 19, 7121 Freudental

Was man vergißt oder gar nicht erst zur Kenntnis nimmt, bewältigt sich am leichtesten. Nach diesem Motto scheint vor allem die Verarbeitung der deutschen „braunen“ Vergangenheit vonstatten zu gehen. Während Israel die unter dem Namen „Edelweißpiraten“ bekannten Widerstandskämpfer auszeichnete, werden deren Haltungen und Handlungen im eigenen Land mancherorts noch als kriminell verdächtigt.

Am 13. März 1984 wurden drei deutsche Widerstandskämpfer mit dem höchsten Orden, der vom Staat Israel an Ausländer verliehen werden kann, geehrt. Jean Jülich, Karoline Banten und Wolfgang Schwarz nahmen die Medaillen entgegen, die – so der Leiter von Yad Washem, einer Erinnerungs- und Mahnstätte des Holocaust in Jerusalem – den Dank des jüdischen Volkes Menschen gegenüber ausdrückt, von denen es im Dritten Reich zu wenig gab.

Die Edelweißpiraten, die in der Bundesrepublik offiziell als kriminell gelten, versteckten fünf Juden vor der Gestapo, bis sie selbst verhaftet und einige von ihnen öffentlich exekutiert wurden. Zudem unterstützten sie politisch Verfolgte und Zwangsarbeiter, verübten Sabotageanschläge auf militärische Einrichtungen und töteten den NS-Ortsgruppenleiter in Köln-Ehrenfeld.

Die Gestapo sah in ihnen eine „staatsgefährdende Erscheinung“ und ließ einige von ihnen auf persönlichen Befehl des Reichsführers der

## Vergangenheitsbewältigung

# Der lange verleugnete Widerstand

Die „Edelweißpiraten“ – verkannt, am liebsten vergessen. Von Matthias von Hellfeld

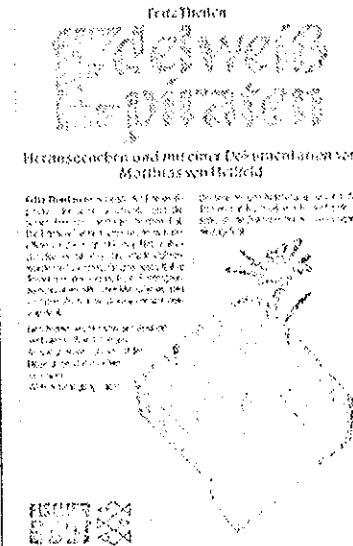
SS, Heinrich Himmler, vor den Augen einer schaulustigen Menge im November 1944 hinrichten. Obwohl inzwischen zweifelsfrei nachgewiesen ist, daß diese Jugendlichen Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet haben, sind sie bis heute vom Kölner Regierungspräsidenten Dr. F. J. Antwerpes (SPD) nicht rehabilitiert worden.

Es ist ein Skandal, daß aus der Umgebung des RP und aus der Lokalredaktion einer Kölner Zeitung Vermutungen laut wurden, in Jerusalem seien nicht Widerstandskämpfer, sondern Kriminelle geehrt worden. Dies bekommt einen pikanten Hintergrund, wenn

man bedenkt, daß die Stadt Köln durch die Umbenennung der Hütten- in Bartholomäus-Schink-Straße und durch die Finanzierung einer würdigen Gedenkstätte am Ort der Hinrichtung die politische Anerkennung längst vollzogen hat. Und mit ihr weite Teile der SPD und nicht zuletzt der damalige sozial-liberale Innenminister Gerhard Baum.

Hier wird deutlich, welche katastrophalen Mängel die Vergangenheitsbewältigung in Deutschland aufweist. Denn während der 20. Juli oder die Weiße Rose jedes Jahr auf Händen getragen werden, wird der antifaschistische Widerstand der Edelweißpiraten, nicht nur in Köln, ignoriert oder schlimmer noch kriminalisiert. Angesichts von steigenden neonazistischen Aktivitäten in der Bundesrepublik ist die Verleugnung dieser massenhaften Auflehnung gegen das Unrechtssystem doppelt schlimm.

Einige Wochen nach dem Kanzlerbesuch in Israel hatte die Verleihung der Medaille „Gerechte der Völker“ aber auch eine andere Bedeutung, als nur ein Schlaglicht auf die bundesrepublikanische Vergangenheitsbewältigung zu werfen. Es war für die deutschen Gäste wichtig, den Israelis klar zu machen, daß keineswegs alle Deutschen der Meinung sind, nunmehr könne man zu Israel „normale“



Beziehungen wie etwa zur Schweiz haben. Diese Kanzleräußerung hat viele Israelis in Angst versetzt, denn durch die gemeinsame Geschichte der beiden Länder wird es keine „normalen“ Beziehungen geben können, es sei denn, man leugnet die Geschichte. Auch reicht es nicht aus, zu sagen „ich war fünfzehn bei Kriegsende“, wie es der Kanzler – diesmal todernt – vor der Knesset tat.

Natürlich ist die überwiegende Zahl der Deutschen zu jung, um „schuldig“ zu sein. Trotzdem haben sie die historische Verantwortung mit zu tragen, die sich aus dem Holocaust ergibt.

Dies mag jeder tun, wie und

wo er kann. Für Sozialdemokraten muß das konkret heißen, den Anfängen zu wehren. Es gehört dazu, sich dem Prozeß der massiven Einschränkung demokratischer Grundrechte entgegenzustellen. Vor allem aber darf es keine Zustimmung der SPD zu Waffenlieferungen in den Nahen Osten geben. Auch dann nicht, wenn der Bundeskanzler der Auffassung ist, daß diese Waffen ja nur „defensiver Natur“ seien. Jeder, der sich in Israel mit politisch Interessierten unterhält, wird merken, mit welcher unglaublichen Leichtfertigkeit hier die deutsch-israelischen Beziehungen aufs Spiel gesetzt werden.

Es ist an der Zeit, die Urteile des Volksgerichtshofs, der Sondergerichte und die terroristischen Maßnahmen von Gestapo und SS für nichtig zu erklären und die Opfer zu rehabilitieren. Auch in Israel ist man verbittert darüber, daß einerseits NS-Verbrecher nicht oder kaum belangt und andererseits Widerstandskämpfer ignoriert werden.

Nicht nur um des Verhältnisses zu Israel willen, sondern auch um unsere eigene Geschichte korrekt darzustellen und zu „bewältigen“, müssen politische Maßnahmen ergriffen werden, die diesen Mißstand beheben. Das sollten auch die konservativen Kräfte in diesem Land einschließen können.



Kleine Bibliothek

Pahl-Rugenstein

Nichts anderes als ein Kampf der Hunde untereinander. So sprach Kriegspremier Winston Churchill, sei der Aufstand des 20. Juli in Deutschland. Unser Friedensminister Manfred Wörner dagegen verkündete zur Eröffnung der Wanderausstellung »Aufstand des Gewissens« Ende Juni im Bundeshaus: »An diesen Männern wird beispielhaft sichtbar, wie wenig sich die böartigen und entstellenden Klischees über die deutsche und preußische Militärgeschichte mit der Wirklichkeit decken.« Und er zitierte ein späteres Churchill-Wort, die deutsche Opposition gegen Hitler zähle zum »Edelsten und Größten in der Geschichte aller Völ-

ker«. Edle oder Hunde — was waren die Männer, die am 20. Juli zur Aktion »Walküre« gegen Hitler aufstanden, denn nun tatsächlich? Eine internationale Historiker-Konferenz in West-Berlin versuchte, eine Antwort zu geben. KONKRET-Autor Otto Köhler schildert die Schwierigkeiten, auf die sie dabei stieß. Sein zweiter Beitrag »Widerstand im Dienst des Holocaust« — vor dem Kongreß redaktionell abgeschlossen — untersucht, was die Konferenz antippte, aber nicht behandeln konnte: die Kollaboration zwischen den doch sehr deutschen Widerstands-Generälen und den Einsatzkommandos der Judenvernichtung

Es tue ihm leid, daß diese Veranstaltung mit einer »Verstimmung« schließe. So sprach am letzten Tag der Internationalen Konferenz zum 40. Jahrestag des 20. Juli deren Präsident Dr. Dr. Wolfgang Treue. Das war vornehm formuliert. Statt von Verstimmung hätte der Wirtschaftshistoriker korrekterweise von einem handfesten Skandal sprechen müssen. Doch dann wäre es ihm nicht so leicht gefallen, »im Namen aller Anwesenden« dem Verursacher, Neuhistoriker Ernst Nolte, seinen Dank für ein Manöver auszusprechen, mit dem er die vorher festgelegten Spielregeln der Konferenz auszuhebeln versuchte. Und mit dem er vor allem zu einem umfassenden Rollback gegen den wissenschaftlichen Ertrag der Konferenz ansetzte.

Zwei Tage zuvor, am zweiten Verhandlungstag kurz vor zwölf, hatte der Mann, gegen den Nolte vor allem antrat, der Bochumer Widerstandsforscher Hans Mommsen, ein folgenschweres Bekenntnis abgelegt. Eigentlich habe er schon 1963 über den Gesamtkomplex Widerstand und Judenfrage schreiben wollen. Aber, so fuhr er fort: »Ich will Ihnen sagen, ich habe es nicht gewagt.« Denn das Judenproblem sei für den deutschen Widerstand an vielen Stellen ein außerordentlich belastendes. Natürlich hätten viele Angehörige des Widerstands einzelnen Juden geholfen. Aber da gebe es auch die grundsätzliche Einstellung zur Judenfrage. Und die sei doppelter Indikator, ein doppeltes Merkmal. Mommsen: »Erstens ein Indikator dafür, wie weit man sich vom klassischen konservativen Nationalismus, der antisemitisch geprägt war, wirklich entfernt hat

## ÜBER DIE JUDENFRAGE WIRD NICHT GESPROCHEN

und zweitens ein Indikator, wie weit man sich in dieser grundsätzlichen rechtsstaatlichen und prinzipiellen Frage von Wertvorstellungen des NS-Regimes abgelöst hat.«

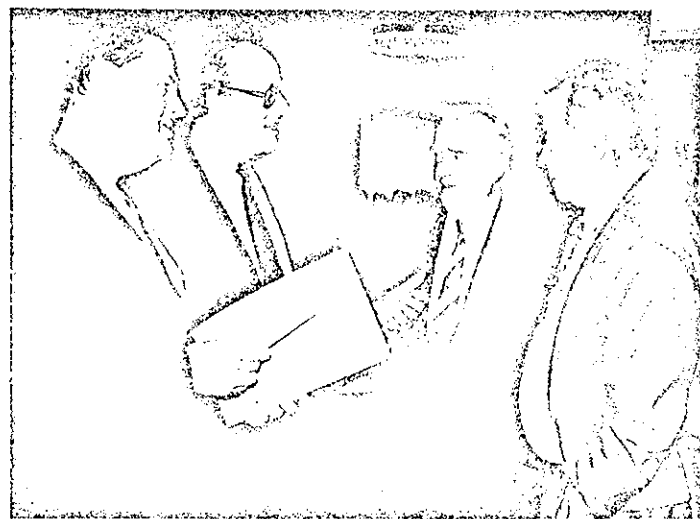
Diese Frage beherrschte fortan die Konferenz, bei der sich eigentlich nur ein einziges von rund sechzig Referaten mit dem Thema »Der Widerstand und die Juden« beschäftigte. Und es

den angeklagt wird. Deutscher Widerstand, das war gerade in diesem Zusammenhang natürlich der bürgerliche und militärische Widerstand, den als »national-konservativ« zu bezeichnen sich die große Mehrheit der Konferenz — mit Noltes Ausnahme — einig war. Einig war man sich weitgehend auch, daß dieser Widerstand bei weitem nicht die einzige und schon

nen bewaffneten Widerstand, der vom SD, dem Sicherheitsdienst der Nazis 1944/45, als größte innere Gefährdung betrachtet wurde — konsequent also, daß diese Protestbewegung junger Arbeiter im Dritten Reich heute noch von unseren Behörden als kriminelle Vereinigung eingestuft wird.

Den nationalkonservativen Widerstand der Oberschicht, der heute bei uns in Festreden gefeiert wird, ließ die Gestapo lange gewähren, wie der Bochumer Historiker Ulrich Heinemann feststellte, während sie den Widerstand an der Basis sofort aufrollte. Erstaunlich war das nicht, denn die Mehrheit des nationalkonservativen Widerstands sah, so Hans Mommsen, »keinen Anlaß dazu, einen grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Umbruch ins Auge zu fassen. Man wollte vielmehr die 'richtigen' Ideen des Nationalsozialismus gegenüber deren Pervertierung durch korrupte, gewissenlose und unfähige Machthaber verwirklichen, zur 'wahren' Volksgemeinschaft an der Stelle einer ungeordneten Oligarchie nationalsozialistischer Emporkömmlinge gelangen, den deutschen Machtstaat, ja die mitteleuropäische Hegemonie gegen die verantwortungslosen militärischen Abenteuer Hitlers sichern.«

So wünschten nur wenige Verschwörer den totalen Zusammenbruch des bestehenden Systems. Ursprünglich sollten sogar von den Nazis geschaffene Einrichtungen wie die »Deutsche Arbeiterfront« als Zwangsverband für Arbeiter und Unternehmer zugleich beibehalten werden. Auch eine revidierte Judengesetzgebung sollte bleiben.



Teilnehmer der Internationalen Konferenz der Historischen Kommission zu Berlin am 40. Jahrestag des 20. Juli 1944. Ganz rechts Hans Mommsen, neben ihm Wolfgang Treue

könnte durchaus sein — die erste verharmlosende Presseberichterstattung spricht allerdings nicht dafür —, daß von dem Antworten und neuen Fragestellungen, die der Kongreß hier fand, eine ähnlich erhellende, ja explosive Wirkung ausgeht wie vor zwei Jahrzehnten vom Rolf Hochhuths Papst-Drama »Der Stellvertreter«, in dem das Versagen von Pius XII. vor dem Holocaust an den Ju-

gar nicht die erste Form des deutschen Widerstands gegen den Nazismus war. Die ersten, die aktiv im Widerstand handelten, waren die Kommunisten, wie der Essener Historiker Detlev Peukert bei aller Kritik an ihrer Strategie und Taktik betonte — zu Zehn-, ja Hunderttausenden. Und zuletzt noch, darauf machte Heinz Boberach vom Bundesarchiv aufmerksam, leisteten die »Edelweißpiraten« ei-

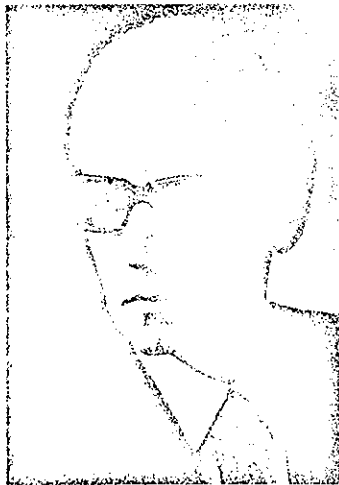
Die Entrechtung der Juden auf dem bürokratisch-legalistischen Weg wurde, wie der Düsseldorf Historiker in dem erwähnten Referat »Der Widerstand und die Juden« nachwies, von den wichtigsten Repräsentanten der nationalkonservativen Opposition als immer noch akzeptabel hingenommen. Radau-Antisemitismus lehnte man ab, und der führende Kopf dieses Widerstands, Carl Goerdeler, äußerte sich in seiner letzten Denkschrift entsetzt über die »Ungeheuerlichkeit der planmäßig und bestialisch vollzogenen Ausrottung der Juden« — vor allem wegen der außenpolitischen Wirkung.

Goerdeler zog mildere Maßnahmen vor. Unmittelbar vor Beginn der Massendeportationen und -tötungen schrieb er 1941 in seiner Denkschrift »Das Ziel: eine »Neuordnung der Stellung der Juden« erscheine »in der ganzen Welt erforderlich«. Dabei ging Goerdeler von der — wie er formulierte — »Binsenweisheit« aus, daß »das jüdische Volk einer anderen Rasse« angehöre und empfahl die Schaffung eines Judenstaates in Teilen Kanadas oder Südamerikas (die Nazis selbst hatten vor ihrem Vernichtungsprogramm an Madagaskar gedacht). Dorthin sollten automatisch alle Juden aus Deutschland ausgebürgert werden, mit Ausnahme von Teilnehmern des Ersten Weltkriegs oder christlich getaufte »Abkömmlinge einer Mischehe«.

Jede deutsche Frau sollte nach Goerdelers Oppositionsprogramm gegen die Nazis durch Heirat mit einem Juden ihre Staatsangehörigkeit verlieren. Während andere Mitglieder des nationalkonservativen Widerstands unter dem Eindruck der Ausrottungsmaßnahmen von ihren antisemitischen Vorurteilen mehr und mehr abließen, stellt Historiker Dipper bei Goerdeler und seinen Anhängern einen umgekehrten Weg fest — er wollte damit die Reihe seiner Anhängerschaft bis in die Führungsebenen des Regimes erweitern. Ein mit Wissen Goerdelers im Freiburger Kreis seines späteren Biographen Gerhard Ritter verfaßtes Memorandum enthält noch Ende 1942/Anfang 1943 »Vorschläge zu einer

Lösung der Judenfrage in Deutschland«, die von der Vorstellung ausgehen, es gelte »dem unheilvollen Einfluß einer Rasse auf die Volksgemeinschaft zu wehren«.

Selbst die Gestapo fand nach dem 20. Juli — Goerdeler hatte sich in der Haft von einer frapanten, seine Freunde belastenden Aussagefreudigkeit gezeigt —, daß die Verschwörer »bei



Ernst Nolte, Historiker, der nicht über alles sprechen mag grundsätzlicher Bejahung des Antisemitismus die Methode seiner Durchsetzung ablehnten. Zum Teil werden dabei humanitäre Motive herausgestellt, etwa derart, daß das Vorgehen nicht menschlich genug gewesen sei und deutschem Wesen nicht entsprochen habe, zum Teil werden Fragen der politischen Zweckmäßigkeit erhoben, daß die kurzfristige rigorose Ausschaltung des Judentums starke Spannungen mit der übrigen Welt hervorgerufen habe.«

Claus Graf Schenk von Stauffenberg selbst, der als Exponent einer jüngeren Offiziersgruppe im Gegensatz zur sonst so zögerlichen, ängstlichen, ja feigen Militäropposition endlich das Attentat wagte, hatte sein nationalkonservatives Weltbild revidiert. Er fühlte sich gerade durch Informationen über die »Sonderbehandlung« von Juden in Auschwitz zur Tat verpflichtet. Und sein Offiziersfreund Henning von Tresckow ermutigte ihn, das Attentat müsse auch dann aus ausschließlich moralischen Gründen gewagt werden, wenn der Erfolg zweifelhaft sei.

Doch es gab unter den führenden Männern des 20. Juli nicht

nur Antisemiten des Wortes, sondern auch Leute, die dem organisierten Judenmord im Osten mit Entschiedenheit zugearbeitet hatten. Hans Mommsen erwähnte schon in seinem öffentlichen Einführungsvortrag am ersten Tag allgemein prominente Vertreter der Militäropposition, die sich »in die Politik der verbrecherischen Befehle verstrickten«. Am Ende des Kongresses übte Mommsen deutliche Kritik und — als Mitveranstalter — auch Selbstkritik, weil der Komplex Widerstand und Judenfrage nur in einem von rund sechzig Referaten, nicht aber in einer umfassenden Arbeitssitzung behandelt worden war. Aber er nannte auch Gründe: Es gibt nicht viel Arbeiten auf diesem Gebiet und kaum Experten.

Doch ein Experte saß im Publikum. Der Westberliner Historiker Hans-Heinrich Wilhelm, der zusammen mit Helmut Krausnick vom Institut für Zeitgeschichte eine umfangreiche Untersuchung über die Zusammenarbeit der Wehrmacht mit den Mordkommandos der Sicherheitspolizei und des SD geschrieben hatte (KONKRET 3/84). Wilhelm war freilich nur als Gast geladen, nicht als aktiver Teilnehmer. Doch solch ein aktiver Teilnehmer wollte die gefährliche Konterbande doch noch am letzten Tag in die Konferenz einbringen: Manfred Messerschmidt vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg. Er hatte in einem Referat mit dem unverfänglichen Titel »Militärische Motive zur Durchführung des Umsturzes« auch die Forschungsergebnisse von Krausnick und Wilhelm über die Zusammenarbeit von Generalen des 20. Juli mit den Juden-Jagdkommandos des SD zusammengestellt.

Doch da setzte nun der schon erwähnte Ernst Nolte mit seiner Abwehrarbeit ein. Nolte, Vertreter jener Faschismus-Forschung der Adenauer-Zeit, die Kommunismus und Nazismus als totalitäre Zwillingenbrüder mit verschiedenfarbigen Kappen betrachtete, war als Berichterstatter für die achte Arbeitssitzung eingeteilt, in die auch das Messerschmidt-Referat fiel.

Die Spielregeln der Konfe-

renz sahen vor, daß die sechs bis zehn Referate jeder Arbeitssitzung schriftlich verteilt werden. Und daß der Berichterstatter zu Beginn jeder Sitzung einen Überblick über Fragestellungen und Forschungsprobleme der Referate gibt und daraus die zentralen Gesichtspunkte für die folgende Diskussion setzt. Bei den meisten Berichterstattern funktionierte das.

Nur Professor Nolte wollte soviel wissenschaftliche Disziplin nicht auf sich nehmen. Für diese Aufgabe, erklärte er den verblüfften Konferenzteilnehmern, hätte er sich nicht zur Verfügung gestellt. Statt zu berichten und zu analysieren, stellte er — abgehoben von den Referat-Themen — ideologische Gewissensfragen an die Referenten, die von denen sarkastisch aber zutreffend als »Prüfungsfragen« apostrophiert wurden. Einer, Professor Bernd Martin aus Freiburg: »Frage verfehlt — Antwort überflüssig«, aber so fügte er mit beißender Ironie hinzu, es sei ja für die Referenten ganz gut, auch einmal die Situation einer studentischen Prüfung zu erleben, daß nämlich Fragen von Professoren marginal und nicht zum zentralen Arbeitsgebiet gestellt werden.

Freilich, marginal, am Rande liegend, waren Noltes Fragen nur für diese Konferenz, tatsächlich kamen sie aus dem Zentrum des deutschnationalen Abstands. Ob es denn angebracht sei, wollte er von den Referenten, deren Grundthesen er unterstrich, wissen, den Widerständler — und Reichsminister — Johannes Popitz zu kritisieren, wegen seiner Äußerungen über einen unumgänglichen Verlust an Eigengestaltung für die osteuropäischen Völker in einem von Deutschland beherrschten Großraum (den Widerständler Popitz anstrebte)? Ob es wirklich eine »unglaubliche Maximalforderung« sei, daß Goerdeler für den fortdauernden Anschluß Österreichs an das Reich eintrat? Und sei es nicht völlig realistisch gewesen, wenn die Leute des 20. Juli von einem tiefgehenden Gegensatz zwischen den Westmächten und der Sowjetunion ausgingen?

Es folgten — statt der Wiedergabe der Referate — speku-

lative historische Konditionalismen, an denen jeder Stammstisch zu vorgerückter Stunde und mit entsprechendem Promillegehalt seine Freude gehabt hätte. Nolte: Was wäre aus dem Ost-West-Bündnis geworden, wenn 1944 der Faschismus und Hitler weggefallen wären und wenn dann ein immer noch sehr ausgedehntes und machtvolleres deutsches Reich auf die Seite der Westmächte übergegangen wäre? Habe das Deutsche Reich nicht noch durch die Ardennenoffensive (Dezember 44!) die Westmächte in größte Bedrängnis und Verwirrung gebracht? Wäre die Situation nicht anders gewesen, wenn Hitler sofort die Invasion in der Normandie als Invasion erkannt hätte und nicht als Ablenkungsmanöver?

Kurz, Nolte betrachtete die Konferenz über den deutschen Widerstand als einen Sandkasten, in dem man die verlorenen Siege des Zweiten Weltkriegs doch noch einmal gewinnen kann. Kein Wort über die in Professor Messerschmidts Referat enthaltenen Belege über die Zusammenarbeit von Widerstandsgenerälen mit den Einsatzkommandos der Judenvernichtung. Messerschmidt protestierte gegen Noltens Prüfungsfragen, die dazu führten, daß die Referate nicht diskutiert wurden. Er verwies darauf, daß der militärische Widerstand abbröckelte, als Hitlers Westoffensive ein Erfolg werden konnte, daß da — 1941 — die moralischen, sittlichen Begründungen für Widerstand bei den Generälen plötzlich aufhörten. Und er nannte endlich auch Namen der Widerstands-Generäle, die sich mit den Mordkommandos des SD eingelassen hatten. Zeit, die Ergebnisse seines Referats auszubreiten, blieb ihm nicht, Nolte unterbrach, drängte zum Schluß zu kommen.

Wichtiger als der Bericht über dieses erschreckende Kapitel aus dem nationalkonservativen Widerstand war ihm die Gelegenheit, Propaganda-Parolen an die Professoren zu bringen: »Der Bolschewismus ist nicht ein Gespenst, sondern die Grundvoraussetzung für das Begreifen des Nationalsozialismus«, sagte er und machte mit einer »Metapher« deutlich, was gemeint sei: »Katyn«, so sprach

er, »war ursprünglicher als Auschwitz«. Und die Vernichtung der Juden diene »allein der Herbeiführung einer Gleichheit der Militanz« mit den Bolschewisten.

Auschwitz, die industriell betriebene Massenvernichtung von Männern, Frauen und Kindern nur wegen ihrer vermeintlichen Rassezugehörigkeit als Folge zu bezeichnen einer gewiß brutalen und mörderischen sowjetischen Erschießungsaktion an polnischen Offizieren, wie wir sie freilich aus vielen Kriegen kennen, auch aus dem US-amerikanischen in Vietnam — diese Gleichsetzung ist mehr, als man selbst einem erreaktionären deutschen Professor an Narrenfreiheit zubilligen mag. Ein Angehöriger des von Kaiyn betroffenen Volkes, Professor Jerzy Borejsa aus Warschau, verwahrte sich dagegen — unter dem Beifall der Konferenz.

Und Hans Mommsen nannte Noltens Schlussfolgerung »verheerend«, daß die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Bolschewismus eine »positive Grundeinsicht« des nationalkonservativen Widerstands gewesen sei — Nazismus als »braune Variante« des Bolschewismus. Solche Vorstellungen ständen, so Mommsen, »entsetzlich nahe dem Konzept der

jüdischen Weltverschwörung«. Die Mitwirkung von eindeutig oppositionellen Offizieren am Komplex der verbrecherischen Befehle müsse daraus erklärt werden, daß der Antibolschewismus in seiner speziell antijüdischen Zuspitzung von Teilen der Verschwörer geteilt worden ist. Und der Versuch, die nationalistischen Motive dieses Widerstands zu rechtfertigen, führe dazu, plötzlich auch das nationalsozialistische Regime zu rechtfertigen. Mommsen: »Und wenn das vielleicht auch nicht intendiert war, so ist das doch die letzte Konsequenz, Herr Nolte, der Argumente, die Sie hier vorgetragen haben.«

Natürlich war Nolte beleidigt: »Was würden Sie sagen, Herr Mommsen, wenn ich sagte, daß Ihr Vortrag in einem seiner Dankansätze dazu führte, das ganze deutsche Volk mit dem Nationalsozialismus zu identifizieren.« Damit war der Kongreß, der ein wichtiges, bedrückendes Kapitel in der Geschichte des deutschen Widerstands aufgeworfen, angerissen, aber dank Nolte nicht behandelt hatte, schon bald zu Ende. Zur Eröffnung sagte Berlins Regierender Bürgermeister, der 20. Juli habe die geistigen Grundlagen der Bundesrepublik gelegt. ■

## WIDERSTAND IM DIENST DES HOLOCAUST

Am 1. November 1939 notiert der Abwehroffizier Helmuth Gröscurth in sein Tagebuch: »Mein Tränen sagt H. — er sei seit Wochen mit der Pistole in der Tasche zu Emil gegangen, um ihn evtl. über den Haufen zu schießen.« H., das war der Generalstabschef des Heeres, Franz Halder. Emil, das war der Code-Name für den Führer des deutschen Volkes, Adolf Hitler. Und über den Haufen schießen wollte ihn fast jeder General, evtl. mal.

Knapp vier Wochen danach, am 27. November, sagte Halder zu General Georg Thomas: »Man muß Hitler doch diese letzte Chance lassen, das deutsche Volk aus der Helotenknechtschaft des englischen Ka-

pitals zu erlösen.« Hitler hatte vier Tage zuvor vor dem Generalstab laut schreiend verkündet: »Der Krieg muß bis zum äußersten geführt werden, lieber lasse ich die Nation aussterben. Alle haben mich zu unterstützen und mit fanatischem Willen hinter mir zu stehen. Ich zerbreche jeden, egal wer es ist.«

In diesem dritten Kriegsmonat — nach dem Blitzsieg über Polen und vor der Offensive im Westen — war ein geplanter Aufstand der Generale jämmerlich in ihrer eigenen Feigheit erstickt. Alle Vorbereitungen zum Staatsstreich waren getroffen. Oberbefehlshaber Walther von Brauchitsch wollte aber vorher genau wissen, ob der Führer nicht doch zu bewegen wäre, auf

den Krieg im Westen zu verzichten. Am 5. November erschien er mit Generalstabschef Halder zur Audienz und sagte zum Führer, der Angriff sei im gegenwärtigen Zustand der Truppe nicht zu schaffen, es gebe Disziplinarschwierigkeiten wie 1917/18. Da fing Hitler zu toben an. Er schrie nach Todesurteilen. Nach zwanzig Minuten war der angstschlotternde Brauchitsch wieder draußen vor der Tür, wo Halder wartete. Beide gerieten in Panik und sagten den Staatsstreich schleunigst wieder ab. Hitler befahl den Angriff im Westen und Brauchitsch, Halder, alle machten mit.

Am 18. Oktober 1969 wurde die Saarburg-Kaserne in Wuppertal-Elberfeld in Generaloberst Hoepner-Kaserne umbenannt — zu Ehren des Mannes, der 1944 in Goerdelers geplantem Kabinett Kriegsminister werden sollte, mit Stauffenberg als Staatssekretär. Hoepner war einer der großen Generale unserer Zeit — so jedenfalls würdigte ihn der ehemalige Oberbefehlshaber der Verbündeten Streitkräfte Europa Mitte, Viersterne-General Johann Adolf Graf von Kielmannsegg: »Es gibt in diesem zwanzigsten Jahrhundert unter den bekanntgewordenen Männern der deutschen Armee wohl nicht allzu viele soldatische Leitbilder, deren Beispiel geeignet ist, in seinen Maximen nachgelebt zu werden. Hoepner ist ein solches Beispiel.«

Er hatte von Anfang an eine Abneigung gegen Hitler und schon 1933 Krach mit der NSDAP. Bei allen Staatsstreichplänen der Militärs, 1938, 1939, war der Panzer-General dabei als Mitglied der Oppositionsgruppe um den Reichsbankpräsidenten Schacht, der mit seinen berühmten Mefo-Wechseln Hitlers Aufrüstung finanziert hatte. Doch wenn es um das geliebte deutsche Volk und dessen Lebensraum ging, konnte Hoepner seine Panzertruppe, die er gerade noch zum Sturz Hitlers — leider kam immer etwas dazwischen — bereit hielt, mit noch größerer Begeisterung gegen den äußeren Feind führen. Er gehörte 1938 »zu den aktivsten Warnern« vor einer Besetzung der Tschechoslowakei, so sein Biograph, der Bundeswehr-



Die Wolfsschanze wird von Göring und Bormann besichtigt

Offizier Heinrich Bücheler. Aber er war auch der erste, der mit seinem Armeekorps am 15. März 1939 um sechs Uhr früh die Grenze überschritt und an der Spitze einer motorisierten Abteilung auf Prag marschierte. Der Generalleutnant wird General und ist glücklich. Keine sechs Monate später, am 1. September 1939 morgens um 3.45 eine Stunde vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges — schreibt Herr Hoepner an Frau Hoepner: »Die Polenfrage muß ja einmal gelöst werden.« Und stürzt sich — »als alle Befehle ergangen waren und die aufgestauten Energien unaufhaltsam zur Entladung drängten« (Hoepners Bundeswehr-Biograph Bücheler) — an der Spitze seines XVI. Armeekorps tief hinein ins aufzulösende Polenland. Bald darauf, am 27. Oktober, läßt er sich von seinem verhassten Führer in der Reichskanzlei das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz um den Hals hängen, dafür, daß er »mit kühnem Herzstoß auf die polnische Hauptstadt die gesamte polnische Front ins Wanken« brachte und so das »dramatische Ende des polnischen Heeres und Staa-

tes« einleitete (»Völkischer Beobachter«). Den kühnen Herzschuß gegen Emil, von dem Kollege Halder schwärmt, unterläßt Hoepner — sein Ritterkreuz war zu schön. Doch zur gleichen Zeit konspirierten die beiden wieder gegen den Ordensverteiler mit dem bekannten Erfolg. Zwar ging die Verschwörung gegen Emil weiter, um den Angriff im Westen zu verhindern. Aber sie war doch stark behindert durch die verantwortungsvolle und arbeitsreiche Vorbereitung für den Überfall auf die neutralen Benelux-Staaten. Hoepners Bundeswehr-Biograph bringt das Problem auf die schönste Formel: »Unter dieser Verantwortung und Arbeitslast, deren Bewältigung Franz Halder nach Ansicht mancher Offiziere zum bedeutendsten deutschen Generalstabschef nach Moltke macht, mußte er seine gleichzeitige Funktion als Kopf des militärischen Widerstands nahezu zwangsläufig aufgeben.« Emil blieb nahezu zwangsläufig am Leben, weil unsere Widerständler so eifrig damit beschäftigt waren, seine Pläne auszuführen und darum keine Zeit mehr hat-

ten, ihn umzubringen. Am 10. Mai 1940 steht Hoepner mit an der Spitze des Überfalls auf die Niederlande und verlangt einen Tag später in einem Brief an seine Frau: »Der liebe Gott möge uns den Sieg geben!« Und schon nach zehn Wochen befördert ihn Emil in einer feierlichen Reichstagsitzung nicht ohne Grund zum Generaloberst. Dem Entschluß Hitlers, Sowjetrußland zu überfallen, hat Hoepner innerlich nicht zugestimmt, einerseits. Andererseits war er mit den Vorbereitungen für den Angriff so beschäftigt, daß er äußerlich nicht opponieren konnte. »Jetzt haben sich wieder alle vom Adolf faszinieren lassen«, klagte er seiner Frau, als er am 30. März 1941 aus der Reichskanzlei kam, wo die Generale zwölf Wochen vor dem Überfall »in ihre Aufträge eingewiesen« wurden, wie es Hoepners Bundeswehr-Biograph in seinem diskreten Charme formuliert. Wie die Einweisung vor sich ging, von der sich alle außer Hoepner faszinieren ließen, muß man in Halders Notizbuch nachlesen: »Koloniale Aufgaben! Kampf zweier Weltanschauungen gegeneinander.

Vernichtendes Urteil über Bolschewismus, ist gleich asoziales Verbrechen. Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf. Vernichtung der kommunistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz.«

Von Ostpreußen her, wo er seit 33 immer Krach mit Gauleiter Erich Koch hatte, brach Hoepner am 22. Juni 1941 an der Spitze der Panzergruppe 4 in die baltischen Staaten ein — Richtung Leningrad, um von dort im kühnen Vorstoß nach Süden Moskau zu nehmen und als erster in den Kremel einzuziehen. Doch »der Russe« leistet, wie Hoepner am 5. Juli bekümmert nach Hause schrieb, »zähen Widerstand und sprengt alle Brücken«. Da kam schon Zweifel auf, »daß ich am 13.7. in Leningrad sein kann, was ich mir vorgenommen habe«. Schließlich ging es Hoepner auch gar nicht gut: »Zahnschmerzen und dicke Beine. Aber Schonung ist unmöglich.«

Wer sich selbst nicht schont, muß zu anderen auch nicht lieb sein. Trotzdem gab Hoepner am 6. Juli einen Befehl heraus, in dem er — sorgfältig differenzierend — sein Eintreten für eine »gute und gerechte Behandlung der loyalen Bevölkerung« damit begründete, daß die »ziemlich seltenen Sabotagefälle einzelnen kommunistischen Elementen, vor allem Juden, anzulasten« sind.

Und für die war gesorgt. Denn dicht auf Hoepners Spuren leistete der Führer der Einsatzgruppe A, SS-Brigadeführer Dr. Walter Stahlecker, ganze Arbeit. Er war in den Gebieten, die Hoepner eroberte, für die »möglichst umfassende Beseitigung der Juden« zuständig. Stahlecker ist sehr erfolgreich. In einem Rechenschaftsbericht an Himmler vom 15. Oktober 1941 rühmt er sich und seine Einsatzgruppe des Mordes an 125.000 Juden. Er fügt hinzu: »Von vorneherein kann betont werden, daß die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht im allgemeinen gut, in Einzelfällen, wie z. B. mit der Panzergruppe 4 unter Generaloberst Hoepner,



sehr gut, ja fast herzlich war.« Das ist nicht das einzige Zeugnis hervorragender Zusammenarbeit zwischen dem Massenmörder und dem kommenden Helden des 20. Juli 1944. Schon am 18. Juli 1941 vereinbarte Einsatzgruppenchef Stahlacker »auf ausdrücklichen Wunsch« der Panzergruppe 4 mit Generaloberst Hoepner, daß »den vordersten Teilen der (für Leningrad vorgesehenen) Einmarschdivision nach einem im einzelnen aufzustellenden Plane Kommandos der Sicherheitspolizei beigegeben« werden. Da aber aus Hoepners vorgesehenem Einmarsch und damit auch an der dabei vorgesehenen Judenjagd nichts wurde, verwendete man die Mordkommandos erstmalig zur »Säuberung und Befriedung« im Bereich von Hoep-

ners Panzergruppe 4. Historiker Christian Streit über den Erfolg der am Beispiel Stahlacker und Hoepner deutlich gewordenen herzlichen Zusammenarbeit: »Das weite Maß der Kooperation von der Seite der Wehrmacht machte der NS-Führung klar, daß dieser Machtträger einer nun erfolgenden scharfen Wendung gegen die deutschen Juden und gegen die Juden im restlichen deutschen Machtbereich nicht entgegenzutreten würde. Es war auch eine Konsequenz dieser Entwicklung, daß im Herbst 1941 die völlige Entrechtung der deutschen Juden auch formell vollzogen und mit den Deportationen in den Osten begonnen wurde. Der NS-Führung war es durch das Entgegenkommen der Wehrmacht möglich geworden, das Vernich-

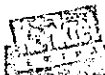
tungsziel zur letzten Konsequenz zu treiben. Es ging nun nicht mehr um die 'möglichst umfassende Beseitigung der Juden' (Stahlacker) im Osten, sondern um die Liquidierung aller Juden im deutschen Machtbereich.«

Der mitschuldige Generaloberst Hoepner ließ anlässlich seines 55jährigen Geburtstags am 14. September 1941 noch einmal seinen Blick von den Dudenhofer Höhen auf die Stadt Lenins hinunterschweifen, die er zusammen mit Stahlacker erobert und gesäubert hätte, wäre er nicht abgelöst worden, um dasselbe mit Moskau zu erledigen. Doch auch dort gab es Schwierigkeiten. Im Januar 1942 vollführte er, um seine Leute zu retten, eine Frontbegradigung, die Hitler mißfiel.

Der Führer entthob ihn seines Postens als Oberbefehlshaber der Panzergruppe 4 und stieß ihn aus der Wehrmacht aus.

So kam's, daß zweieinhalb Jahre später, am 20. Juli 1944, ein Herr in Zivil in der Bendlerstraße vorfuhr als neuer Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet mit der Anwartschaft für das Kriegsministerium im alsbald zu bildenden Kabinett Goerdeler. Doch während um 12 Uhr 42 Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg im Führerhauptquartier in der Wolfsschanze unter Einsatz seines Lebens die Bombe gegen Hitler hochgehen läßt, geschieht im 560 km entfernten Berlin nichts. Die Herren warten ab.

Hoepner geht mit General Olbricht um 13 Uhr in ein Lokal zum Mittagessen. Sie sitzen dort



bei einer Flasche Wein bis 15 Uhr. Stauffenberg landet nach 15 Uhr in Berlin. Ihn packt der Zorn, als er erfährt, daß der Walküre-Alarm noch nicht ausgegeben ist. Nicht einmal ein Auto ist da, um ihn sofort in die Bendlerstraße zu bringen. Erst um 16 Uhr wird das Stichwort »Walküre« ausgelöst. Während Stauffenberg unzählige Telefongespräche führt, um überall im Reich den Aufstand zu schüren, sitzt der neue Oberbefehlshaber Hoepner entschlußlos herum, unfähig, den Befehlshabern der Wehrkreise klare Direktiven zu geben. Stauffenberg-Biograph Christian Müller: »Hoepners Verhalten ist erschreckend, wenn man bedenkt, daß dieser Mann eine entscheidende Funktion im Staatsapparat bekommen hat,

er richtete in seinen Gesprächen mit den Wehrkreisen »gewaltigen Schaden« an. Dem kommandierenden General im Wehrkreis II (Stettin), der ihm sagt, er habe aus dem Führerhauptquartier von Generalfeldmarschall Keitel andere Befehle erhalten, sagt er nur, dann solle er eben Ketels Befehle befolgen.

Bei Generaloberst Fromm, der den Gegenputsch anführt, bettelt Hoepner um sein Leben. Doch Hitlers Bluthund Freisler läßt den Mann, der so eifrig Juden jagen ließ und als Putschist gegen Hitler so jämmerlich schwächte, am 8. August 1944 hängen. Hoepners Bundeswehrbiograph Bücheler: »In diesem konsequent geführten Soldatenleben liegt viel von der kantisch-preußischen Pflichtethik, von

der Unbedingtheit der Helden Schillers und Kleists.«

Doch nicht nur die militärischen Zutreiber bei den Vernichtungsaktionen gegen Juden und Kommunisten sind am 20. Juli dabei. Einer der Mord-Aktivisten selbst sitzt an diesem Tag als Mitverschwörer in der Bendlerstraße. SS-Gruppenführer Arthur Nebe, der Chef des Reichskriminalamtes. Er beteiligte sich schon 1938 und 1939 an den zaghaften Putschversuchen gegen Hitler. Und er hatte die große Hoffnung der Militär- und Bürger-Opposition gegen die Nazis, den lebenslänglichen\* Antisemiten Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch von Hitlers entsetzlichem Verdacht befreit, homosexuell zu sein. Drei Jahre und eine Woche vor dem 20. Juli, am

13. Juli 1941, meldet Nebe aus dem Osten: »Vor allem haben sich die Liquidierungen eingespielt.« Denn Nebe, der Widerständler seit '33, ist jetzt als Kollege Dr. Stahlackers (Einsatzgruppe A) Chef der Einsatzgruppe B, die ihre Mordtätigkeit am mittleren Teil der Ostfront ausübt.

Sie bleibt mit 71.755 Opfern (bis Mitte April 1942) nur deshalb hinter den Erfolgen des Hoepner-Gefährten (rund 125.000 Erschießungen bis Mitte Oktober 1941) zurück, weil es nun mal in ihrem Gebiet weniger

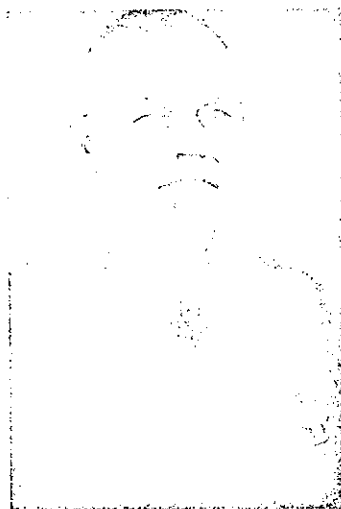
\* Fritsch im Dezember 1928 nach seiner Rehabilitierung: Er habe als Voraussetzung für den Wiederaufstieg des schändlichen Sozialismus drei Schlächen\* erkannt. In der »Schlacht gegen die Arbeiterklasse« (welche Hitler bereits mit Erfolg geschlagen habe), im Kampf gegen die katholische Kirche, und im Kampf gegen die Juden (wobei er schweres Verbrechen\* begangen hat, man sieht aber die Schwere dieses Kampfes überall klar).

Juden gibt. Doch kaum wurde Hoepner mit seiner Panzergruppe 4 aus Stahleckers Liquidationsbereich im Norden in die Gegend vor Moskau verlegt, da gilt ihm Nebe das seinem Einsatzkommando B unterstellte Vorkommando Moskau zu, dessen erster Anführer Professor Franz Six\*\* war. Nebe wurde 1945 noch von den Nazis gehängt.

Der Mann, der schließlich den 20. Juli als Termin für das Attentat festlegte und Stauffenberg ein Flugzeug zur Verfügung stellte, war Generalquartiermeister Eduard Wagner. Der Artilleriegeneral war lange schon ein Mitglied von des Führers schwankender Militäropposition. Am 19. September 1939 einigte er sich mit Sicherheitspolizeichef Reinhard Heydrich über eine endgültige »Flurbereinigung« unter Polens »Judentum, Geistlichkeit und Adel«. Wagner bat nur darum, daß diese »Bereinigung« jeweils erst »nach dem Herausziehen des Heeres« erfolgen solle. Sechs Wochen später war er an dem Miniputsch-Versuch gegen den Krieg im Westen beteiligt, der damit endete, daß Hitler den zitternden Oberbefehlshaber von Brauchitsch auskeifte.

Als dann der Überfall auf die Benelux-Staaten und der Feldzug gegen Frankreich mit einem Sieg endeten, schämte sich Wagner, je an Hitler gezweifelt zu haben. »Der Führer wirklich noch militärisch voll auf der Höhe«, schrieb er am 11. Juni 1940 nachts um 1 Uhr 15 an seine Frau. Und jagte am Tag gleich noch einen Brief hinterher: »Man ist glücklich, daß man an diesem Geschehen mitarbeiten kann... Und worin liegt das Geheimnis dieses Sieges? Doch wohl in der ungeheuren Dynamik des Führers.«

Im März 1941 wiederum, drei Monate vor dem Überfall auf die Sowjetunion, einigte sich Wagner mit Heydrich auf ein Abkommen, das dessen Mordkommandos freie Hand in den zu erobernden Gebieten ließ. Er



Generaloberst Hoepner

selbst schlug die Formulierung vor: »Die Sonderkommandos sind berechtigt, im Rahmen ihres Auftrages in eigener Verantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung Exekutivmaßnahmen zu treffen.« Daß Exekutivmaßnahmen bei diesen Leuten Exekutionsmaßnahmen hieß, mußte Wagner nach seinen Erfahrungen in Polen bekannt sein.

Am 28. April 1941 schloß Wagner für die Wehrmacht mit Heydrich einen regelrechten Vertrag, der den Sonderkommandos freie Hand bei ihrer Mordtätigkeit gab. Am 20. September 1941, als schon Hunderttausende von Juden dank dieses Abkommens ermordet worden waren, schrieb Wagner abends seiner lieben Frau einen Brief: »Alles steht sehr gut militärisch, und ich denke, daß gewaltige Erfolge noch kommen. Froh bin ich, daß wir diesmal mit den ganzen politischen Dingen nichts zu tun haben. Im Westen ging's noch, hier aber, wo so viele weltanschauliche Fragen eine Rolle spielen, bin ich heißfroh!«

Der Historiker Helmut Krausnick zu diesem Brief: »Man wird aus Wagners höchst bemerkenswerten Worten zwar keine Übereinstimmung mit Keitel herauslesen dürfen, der bei zunilich, weil es für ihn 'um die Vernichtung einer Weltanschauung' ging, Maßnahmen 'biftigte und deckte', deren Anwendung die 'Geltung kriegsrechtlicher Normen im Kampf mit dem Bolschewismus verneinte'. Wohl aber wird man aus seinen Bemerkungen schlie-

ßen müssen, daß er die Einwirkung der 'weltanschaulichen Dinge' respektieren, zumindest hinnehmen zu sollen glaubte. Im übrigen: wer mit soviel Nachdruck erklärte, froh zu sein, daß 'wir', also das Heer, 'mit den ganzen politischen Dingen nichts zu tun haben', der mußte dafür gewichtige Gründe besitzen — und mußte genügend darüber orientiert sein, welchen Gebrauch der Vertragspartner vom 28. April von seiner weitgehenden Aktionsfreiheit inzwischen gemacht hatte! Er mußte aber ebensogut wissen, daß nahezu völlig unzutreffend war, was er von der Rolle des Heeres sagte. Denn seit der Absprache mit Heydrich hatte das OKH bereits durch Gerichtsbarkeits-erlaß 'Barbarossa' und Kommissarbefehl eine Einbeziehung des Heeres in die nationalsozialistische Vernichtungspolitik zugelassen...«

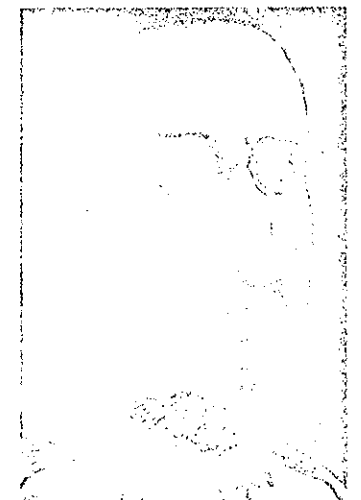
Als beim Führer die ungeheure militärische Dynamik raus war und die Sowjets immer öfter siegten, wuchs in Wagner, der den Überfall auf die Sowjets schon im August 1940 mit großer Umsicht vorbereitet hatte, wieder der Wille zum Widerstand gegen Hitler. Im Juni 1944 erklärte er Generalmajor Helmut Stieff, der Krieg müsse liquidiert werden, denn es sei unerträglich, daß der Russe kämpfend in das Reichsgebiet eindringe. Deshalb müsse man mit allen Mitteln versuchen, politisch wieder ins Spiel zu kommen. Als der Aufstand gescheitert war, erschloß sich Wagner am 23. Juli.

Die einzig erfolgreiche Aktion des 20. Juli wurde vom deutschen Militärbefehlshaber in Frankreich, General Karl Heinrich von Stülpnagel, geführt. Er war schon immer an der Militäropposition gegen Hitler beteiligt. Sofort nach Anlaufen des Plans »Walküren« ließ er alle SS- und SD-Führer in Paris verhaften, insgesamt etwa 1.200 Leute. Zusammen mit General Speidel, dem späteren Befehlshaber der Neo-Landswehrrückkräfte Mitte, glaubte der Adlige aus der alten preußischen Generalfamilie fest, nach einer Beiseitigung Hitlers könne man gemeinsam mit den West-Alliierten gegen die Russen ziehen. Nach dem Scheitern des 20. Juli

schoß sich von Stülpnagel eine Kugel durch den Kopf, überlebte mit zerschossenen Augen, wurde gesund gepflegt und am 30. August 1944 gehängt. Ein untadeliger Lebenslauf.

Doch diese »Verkörperung bester preußischer Art« — so Widerstandshistoriker Eberhard Zeller — hatte im Juni 1941 als Oberbefehlshaber der 17. Armee eine Anregung für Heydrichs Reichssicherheitshauptamt, nämlich »zunächst die in den neu besetzten Gebieten wohlhabenden antijüdisch und antikommunistisch eingestellten Polen zu Selbstreinigungskaktionen zu benutzen«. Heydrich verstand diese Anregung gut und erklärte, diese Polen seien als »Initiativelement sowohl für Pogrome, als auch als Auskunftspersonen von besonderer Wichtigkeit«. Hinsichtlich der polnischen Intelligenz freilich solle »später das Wort gesprochen werden« — Wort hieß hier Mord.

Mit dem Chef der Einsatzgruppe D Otto Ohlendorf\*\*\* arbeitete General Stülpnagel eng zusammen — Ohlendorfs Truppe ermordete 90.000 Juden. Am 30. Juli unterschrieb der von Ernst Jünger hochge-



Generaloberst Halder

schätzte General (»Sein vornehmer Charakter neigt der geistigen Wertung des Menschen zu«) einen Befehl für Sabotagefälle:

»Kollektive Maßnahmen nicht wahllos treffen! Soweit die

\*\* Der Massenmörder, spezialisiert auf jüdische Intellektuelle, ist vorwiegend noch heute unter uns 1945 wurde er in den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen am 20. Januar zum Tode verurteilt, 1952 vorzeitig freigelassen. Er war dann für Pörschierung usw. bis in die letzten Jahre Mitarbeiter der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft des SS-Generals und SD-Agenten Reinhard Hehn (KONCRET 12: 81).

\*\*\* SS-Standartenführer Ohlendorf wurde nach Abschluß seiner Liquidationsstätigkeit stellvertretender Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium und beauftragte 1944 Ludwig Erhard mit der Währungsreform nach dem Krieg (KONCRET 2: 1952). Drei Jahre nach der Währungsreform wurde der in Nürnberg verurteilte Massenmörder im Juni 1951 gehängt.



16

### ARTIKEL

auslösende Tat der ukrainischen Ortseinwohnerschaft nicht nachgewiesen werden kann, sind die Ortsvorsteher anzuweisen, in erster Linie jüdische und kommunistische Einwohner zu nennen. Durch solchen Druck soll die Bevölkerung zur Anzeigepflicht gezwungen werden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die aktiven älteren Kommunisten zum größten Teil geflohen sind oder sich in benachbarter Gegend so verborgen halten, daß sie für raschen Zugriff nicht erreichbar sind. Zahlreicher zurückgeblieben sind die Angehörigen der russischen Staatsjugend (Komsomolzen). Auf sie kann bei Notwendigkeit raschen Zugriffs notfalls zurückgegriffen werden. Besonders die jüdischen Komsomolzen sind als Träger der Sabotage und Bandenbildung Jugendlicher anzusehen.

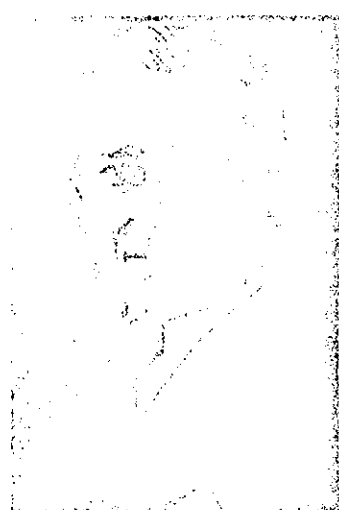
Am 21. August 1941 stellt General Stülpnagel, diese »bedeutende human gebildete Persönlichkeit« (Zeitgeschichtler Hans Rothfels), in einem Schreiben an das Oberkommando der Wehrmacht »Forderungen an die deutsche Propaganda« auf, nämlich »vermehrter Kampf gegen Judentum« und »nachdrücklichste Aufklärung über Judentum«. Einen Monat später notiert Stülpnagels Abwehr-offizier: »SD-Kommando 4b wird um Repressalien gegen Kremenschützer Juden gebeten, da dort 3 Kabelsabotagefälle vorkamen.« Erfolg der Bitte: die 8.000 Juden der Stadt wurden ausgerotet. Schon im Juni hatte das (Ohlendorf unterstellte) Sonderkommando 4b, das bei seinen Mordaktionen mit Stülpnagels Armee vorrückte, gemeldet: »Wehrmacht erfreulich gute Einstellung gegen die Juden.«

Gewiß, nur wenige Männer des 20. Juli sind Verbrecher wie Stülpnagel, Wagner, Nebe und Hoepner. Konservativ bis reaktionär, das waren sie, verständlicherweise, fast alle. Doch viele bemühten sich um Kontakte zu Sozialdemokraten, einige sogar zu Kommunisten. Für die Remilitarisierung der Bundesrepublik war der 20. Juli Feigenblatt und Problem zugleich. Man konnte den Widerstand gegen Hitler nach außen als Zeugnis

eines anderen Deutschlands deklarieren, in der Bundeswehr selbst, die von erfahrenen Generalen der Hitler-Wehrmacht aufgebaut wurde, wollte man nur zuverlässige Leute. Das bekamen die Offiziere zu spüren, die Freislers Blutjustiz überlebten. Wer von ihm gehängt wurde, war ein Held für die Bundeswehr. Wer überlebte, den hielt man möglichst von der Truppe fern.

Beispiel: Generalmajor Rudolf-Christoph Freiherr von Gersdorff. Er plante im Frühjahr 1943 ein Attentat auf Hitler, das mißlang. Nach dem Krieg versuchte er schon vor dem offiziellen Beginn der Aufstellung der Bundeswehr, »Geist und Erfahrungen des deutschen Widerstandes für die Innere Führung der neuen Streitkräfte nutzbar zu machen«. Doch: »Man befürchtete negative Reaktionen von jüngeren Offizieren und Unteroffizieren, die aus der Wehrmacht stammend in die ersten Bundeswehrkader eingestellt wurden.« Und da gab es noch eine andere Kontinuität. Gersdorff mißfiel dem Chef-Kommentator der Nürnberger Gesetze zur Reinhaltung des deutschen Blutes:

»Am 7. Juni 1952 bot mir der damalige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Otto Lenz, eine führende Position bei der Aufstellung der Bundeswehr an. Lenz erklärte mir, als



Kripo-Direktor Arthur Nebe

kompromißloser Gegner des Nationalsozialismus wolle er von vorneherein in der Truppe den Geist des 20. Juli verankert wissen. Als der bei der Zusammenkunft anwesende spätere Nachfolger von Lenz, Dr. Hans Globke, prozedurale Bedenken gegen meine Einstellung äußerte, meinte Lenz, er werde alle

noch ausstehenden Fragen in einem Gespräch mit dem Bundeskanzler klären. Trotz seiner festen Versprechungen habe ich von der Angelegenheit nie mehr etwas gehört. Ich kann nur annehmen, daß es Globke, für den ich wahrscheinlich ein lebender Vorwurf war, gelungen ist, beim Kanzler meine Wiederverwendung zu verhindern.«

Gersdorff wird für die Bundeswehr zum Paria: »Als der damalige Kanzler des Johanniterordens, Wolf-Werner Graf von Armin, mich als Leiter der von mir aufgebauten Johanniter-Unfall-Hilfe für eine Verbindungsposition zur Bundeswehr namhaft macht, erklärt ihm ein Oberst im Generalstab, ich sei als Repräsentant des 20. Juli 1944 als Verbindungsmann zur Bundeswehr untragbar.«

Als dieser für die Bundeswehr so unstatthafte Mann noch lebte, schrieb er 1977 »Soldat im Untergang«: Die Benennung einiger Bundeswehr-Kasernen mit den Namen ermordeter Widerstandskämpfer, wie z. B. Julius Leber oder Claus Graf Stauffenberg zeige, daß »jetzt wenigstens eine traditionelle Erinnerung an den deutschen Widerstand gepflegt wird«. Dann starb er. Prompt wurde in Euskirchen eine Bundeswehrkaserne nach dem toten Gersdorff benannt, der als lebender Zeuge des 20. Juli geächtet war.

Garantiert tote Helden des Widerstands will die Bundeswehr behalten, koste es, was es wolle. Als Helmut Kohl im letzten Herbst die Massenvernichtungs-Raketen in unser Land holte, wollten die Kinder des nach dem 20. Juli 1944 in Plötzensee hingerichteten Obersten Eberhard Finck der Großengstinger Eberhard-Finck-Kaserne den Namen ihres Vaters entziehen. Weil sie sich »aus der Verpflichtung, die aus der Gesinnung unseres Vaters für uns entstanden ist«, zur Friedensbewegung »in Deutschland und in der Welt« bekennen, baten sie den Verteidigungsminister Wörner um Umbenennung der Kaserne.

Doch die Verpflichtung wurde kassiert. Wörner: »Ich vermag Ihrem Anliegen nicht zu entsprechen und werde eine Umbenennung nicht anordnen lassen.«

## LITERATUR

Otto John: Falsch und zu spät — Der 20. Juli 1944. Herbig Verlag 1984. 300 Seiten. 34 DM.

Rudolf Lill/Heinrich Oberreuter: 20. Juli — Portraits des Widerstandes. Econ-Verlag 1984. 448 Seiten. 48 DM.

Hermann Graml (Hrsg.): Widerstand im Dritten Reich. Fischer-Taschenbuch-Verlag 1984. 272 Seiten. 9,80 DM.

Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Deutsche Verlags-Anstalt. Neuausgabe 1984. 647 Seiten. 38 DM.

Graf von Thun-Hohenstein: Der Verschwörer — General Oster und die Militäropposition. Deutscher Taschenbuch Verlag 1984. 308 Seiten. 12,80 DM.

Bodo Scheurig (Hrsg.): Deutscher Widerstand 1938-1944 — Fortschritt oder Reaktion? Deutscher Taschenbuch

Verlag. Neuausgabe 1984. 336 Seiten. 12,80 DM.

Hans Adolf Jacobsen (Hrsg.): Spiegelbild einer Verschwörung — Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. See-wald-Verlag. Neuausgabe 1984. Zwei Bände, 1300 Seiten. 148 DM, später 198 DM.

\*\*\*

Informationen über Kriegsverbrechen von Männern des 20. Juli:

Christian Streit: Keine Kameraden. Deutsche Verlags-Anstalt 1979. 448 Seiten. 32 DM.

Helmut Krausnick / Hans Heinrich Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges, Deutsche Verlags-Anstalt 1981. 688 Seiten. 68 DM.

Raoul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Olle & Wolter Verlag 1982. 840 Seiten. 98 DM.

Handwritten notes at the bottom of the page.

C Informationen, NewsOsthofen

Über die Auswahl und Aufstellung des Gedenksteinen gibt es nicht viel Neues zu berichten.

Die endgültige Auswahl für das Modell des Gedenksteinen ist noch nicht gefallen.

Auch ist von der Bundesbahn, die eigentlich das Gelände, auf dem der Gedenkstein errichtet werden soll, zur Verfügung stellen soll, bisher nichts unternommen worden.

Wichtig dürfte als nächster Schritt die Einigung auf ein Gedenksteinmodell sein, da die Erstellung dann noch etwa ein dreiviertel Jahr in Anspruch nimmt, ist noch genügend Zeit, sich um den Aufstellungsort zu bemühen.

Breitenau

Erfreuliches gibt es aus Guxhagen/Breitenau zu berichten. Die Ausstellung über die Geschehnisse in Breitenau ist ab Mitte September werktags von 9-16h geöffnet. Daneben gibt es die Möglichkeit Akten für wissenschaftliche Studienzwecke einzusehen. Daß die "Gedenkstätte Breitenau - Ausstellung und Archiv der Gesamthochschule Kassel" nun durchgehend dem Besucherverkehr geöffnet werden kann, ist zum einen dem Umstand zu verdanken, daß der Landeswohlfahrtsverband Hessen vier weitere Räume im Gebäude, in dem bisher auch die Dokumentation schon unter gebracht war, zur Verfügung gestellt hat. Zum anderen wurden zur Betreuung von Besuchern und Forschern, für zunächst ein Jahr, drei ABM-Stellen eingerichtet.

Bis zur Verlegung eines eigenen Telefonanschlusses können sich Besucher beim LWV Guxhagen, Tel.: 05665-2003, anmelden oder eine Nachricht hinterlassen.

Aktives Museum Verfolgung und Widerstand

Im letzten Rundbrief wurde über den Wettbewerb zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Prinz-Albrecht-Straße berichtet. Die endgültige Entscheidung ist nun gefallen, Der Entwurf von Wenzel/Lang erhielt den ersten Preis.

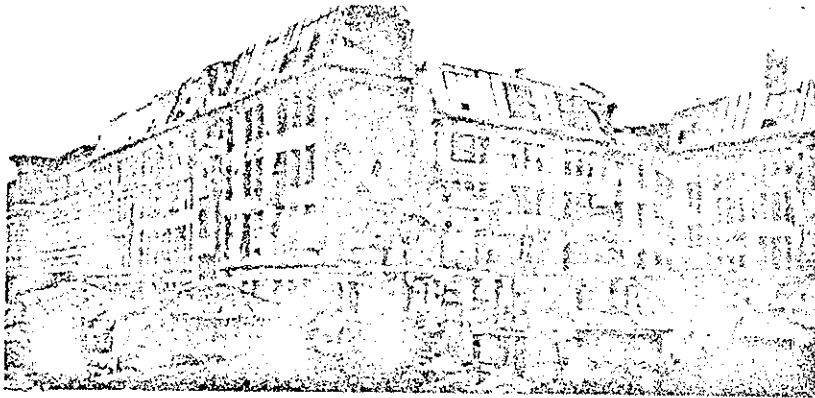
Er sieht einen "Gedenkhain" aus Kastanienreihen und ein "Bodenrelief" vor, das aus gußeisernen Platten gebildet ist und "Dokumente und weitere Fundstücke" zur Geschichte aufnehmen soll. Eine Presseerklärung des Vorstandes des "Aktiven Museums" zur Preisvergabe ist im Folgenden abgedruckt.

Im Moment finden Verhandlungen zwischen den Mitarbeitern des A.M. sowie den Preisträgern und dem Berliner Senat intensive Verhandlungen statt. Es geht um die Gestaltung der Dokumentationsplatten ebenso wie um die Ausgestaltung des A.M. im Deutschlandhaus.

Bis zur 750 Jahrfeier Berlins 1987 dürfte mit einer Aufnahme der Tätigkeit des "A.M." dort zu rechnen sein.

## Gedenkhain Ge-Denkstätte

Die Entscheidung über die Gestaltung des ehemaligen Reichssicherheitshauptgeländes ist gefallen. Der Wenzel/Lang-Entwurf wird in die Realität umgesetzt werden. Bemühungen andere Entwürfe zu favorisieren oder das Wettbewerbsverfahren noch einmal zu eröffnen, sind nach unserer Überzeugung zum Scheitern verurteilt. Wir hätten uns



eine bessere Lösung vorstellen können, eine ideale Lösung konnte es aber nicht geben. In einer Gesellschaft, in der kritische Erinnerung an die faschistische Vergangenheit jahrzehntelang vernachlässigt worden ist, kann nicht erwartet werden, daß eine Gruppe von Spezialisten aus Architektur und Kunst plötzlich die ideale städtebauliche Form zur kritischen Erinnerung kreiert. Das Wettbewerbsergebnis hätte optimiert werden können, wenn das Verfahren von Anfang an demokratischer und sorgfältiger gestaltet worden wäre. Die Ausschreibung stellte in ihrer sprachlichen Leichtfertigkeit und in ihrer Überfrachtung mit Anforderungen ein widersprüchliches Konglomerat von Unentschiedenheit dar.

Wenn aber die politische Entscheidung irreversibel ist, stellt sich allein die Frage, ob man den Entwurf von Wenzel/Lang für qualitativ genug hält, eine kritische Erinnerung und Reflexion des Faschismus zu fördern, oder ob man ihn für derartig problematisch hält, daß man ihn prinzipiell ablehnen muß. Der Entwurf von Wenzel/Lang bietet die Möglichkeit eine kritische Auseinandersetzung mit dem Faschismus zu führen nur, wenn die Absicht verwirklicht wird, im auf dem Gelände befindlichen Deutschlandhaus das „Aktive Museum Faschismus und Widerstand“ zu errichten. Erst das Zusammenspiel von landschaftspla-

nerischer Anlage in ihrem notwendig stillen Charakter mit der Lebendigkeit des Aktiven Museums gibt dem Entwurf seine Plausibilität. Das Aktive Museum darf daher nicht in irgendeiner Ecke des Deutschlandhauses verschwinden, sondern muß unter ausreichender räumlicher Ausstattung die dominierende Institution des Gebäudes werden. Ferner ist dafür zu sorgen, daß die gußeisernen Platten in schonungsloser Offenheit Hintergründe, Vorgänge und Folgen von dem dokumentieren, was auf dem Gelände geschah. Im Entwurf von Wenzel/Lang sind

unterschiedliche Vorwürfe gemacht worden. Bevor man aber Worte wie „mythisch“, „totalitär“, „faschistoid“ oder gar „faschistisch“ verwendet, sollte man sich über deren Anwendbarkeit auf den Entwurf genau Rechenschaft ablegen.

Dem Entwurf ist der Vorwurf gemacht worden, daß er mit seiner „Versiegelung“ des Geländes zu wenig Raum läßt für Erholung und Freizeit. Dieser Einwand ist bis zu einem gewissen Grade berechtigt. Man sollte dem Einwand aber auch entgegenhalten, daß eine Stärke des Entwurfs die konsequente Entscheidung für die Funktion „Gedenkhain“ ausmacht.

Der Entwurf ist auch nicht „totalitär“, sondern ein einheitliches Gesamtwerk. „Totalitär“ ist ein schillernder Begriff, mit dem fälschlich versucht wird, Phänomene ähnlichen Charakters, wie sie in Faschismus und Stalinismus aufgetreten sind, als aus gleichem Wesensgehalt entstanden zu erklären.

Der Entwurf ist auch nicht „faschistoid“ oder „faschistisch“. Metaphern wie „Speer'sche Inszenierung“ oder „Kastanienbäume als Marschkolonnen“ greifen nicht. Bäume marschieren nicht. Sie sind etwas Beständiges, Ruhiges, Individuelles. „Speer'sche Inszenierungen“ sind auf einen Punkt hin hierarchisch zentriert, von dem der Einzelne mit keinem Gedankensplitter abweichen darf. Das ist beim „Gedenkhain“ nicht der Fall. Zusammengefaßt: Wir können uns bessere Lösungen vorstellen, aber wir können mit dieser Lösung leben. Voraussetzung ist, daß dem „Gedenkhain“ eine „Ge-Denkstätte“ in der Form des Aktiven Museums beigegeben wird. Das Aktive Museum muß im Deutschlandhaus räumlich und finanziell ausreichend ausgestattet werden.

Heinz-Dieter Schilling  
Roland Stelter

